





## Zweiter Sozialhilfebericht für den Landkreis Uckermark

### INHALTSVERZEICHNIS

1.	Anliegen, Möglichkeiten und Grenzen des Berichtes	2
2.	Organisation der Aufgabenerfüllung im Landkreis Uckermark	3
3.	Hilfe zum Lebensunterhalt	4
3.1	Grundsätze	4
3.2	Ergebnisse der Bundessozialhilfestatistik für den Landkreis Uckermark	5
3.2.1	Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen	5
3.2.1.1	Empfängerzahl und Sozialhilfequote	5
3.2.1.2	Geschlechterverhältnis	12
3.2.1.3	Altersstruktur	14
3.2.1.4	Erwerbsstatus	17
3.2.2	Bedarfsgemeinschaften	18
3.2.2.1	Zahl und Durchschnittsgröße der Bedarfsgemeinschaften	18
3.2.2.2	Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaften	19
3.3	Ausgaben	21
3.3.1	Entwicklung der Brutto- und Nettoausgaben	21
3.3.2	Gemeindebezogene Ausgaben	26
4.	Hilfe in besonderen Lebenslagen	32
4.1	Grundsätze	32
4.2	Ergebnisse der Bundessozialhilfestatistik für den Landkreis Uckermark	33
4.2.1	Empfänger von Hilfen in besonderen Lebenslagen	33
4.2.1.1	Empfängerzahl	33
4.2.1.2	Geschlechterverhältnis	35
4.2.1.3	Altersstruktur	37
4.2.2	Ausgewählte Hilfearten	38
4.2.2.1	Hilfe zur Pflege	38
4.2.2.2	Eingliederungshilfe	39
4.2.2.3	Hilfe bei Krankheit, vorbeugende und sonstige Hilfe	40
4.3	Ausgaben	41
4.3.1	Gesamtausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen	41
4.3.2	Ausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen i. E.	44
4.3.3	Ausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen a. E.	47

## 1. Anliegen, Möglichkeiten und Grenzen des Berichtes

Die öffentliche Sozialhilfe bildet im Gesamtsystem der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland einen wesentlichen Bereich. Sie schließt die Lücken, die andere Sozialleistungssysteme offen lassen, sei es, dass diese Systeme Leistungen zur Beseitigung bestimmter Notlagen nicht vorsehen, bestimmte Personengruppen nicht erfassen oder im Einzelfall keine ausreichende Leistung erbringen.

Die Sozialhilfe soll in Not geratenen Personen eine der Menschenwürde entsprechende Lebensführung ermöglichen. Sie wird, sofern die Anspruchsvoraussetzungen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) erfüllt sind, nachrangig zur Deckung des individuellen Bedarfs mit dem Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe gewährt. Nachrangig bedeutet, dass die Sozialhilfe als „Netz unter dem sozialen Netz“ nur dann eingreift, wenn die betroffenen Personen nicht in der Lage sind, sich aus eigener Kraft zu helfen oder wenn die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen erbracht wird.

Die Sozialhilfe wird als

Hilfe zum Lebensunterhalt und als  
Hilfe in besonderen Lebenslagen geleistet.

Im November 2000 wurde der (erste) „Bericht zur Entwicklung der Hilfe zum Lebensunterhalt im Landkreis Uckermark (Sozialhilfebericht)“ vorgelegt. Dieser Sozialhilfebericht war, wie aus dem Titel bereits ersichtlich, ausschließlich auf die Hilfe zum Lebensunterhalt ausgerichtet. Es war mit der Vorlage des Berichtes eine periodische Fortschreibung, ggf. auch eine Erweiterung um Aufgaben zur Hilfe in besonderen Lebenslagen in Erwägung gezogen worden.

Der erste Bericht ist auf großes Interesse gestoßen, so dass nunmehr eine Fortschreibung für die Jahre 2000 bis 2002 für den Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt vorgenommen wird. Es werden die Datenreihen aus dem ersten Bericht – soweit möglich und sinnvoll – in inhaltlich unveränderter Form weitergeführt.

In der Regel werden Daten der Bundessozialhilfestatistik, wie sie im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) vorliegen, zugrunde gelegt. Abweichende Quellen werden an entsprechender Stelle jeweils kenntlich gemacht.

Im Interesse einer leichteren Handhabbarkeit und Lesbarkeit wird auf erläuternde Ausführungen aus dem ersten Bericht nicht verwiesen, sondern stattdessen werden diese, soweit sie noch zutreffend sind, in den neuen Bericht übernommen und im erforderlichen Maße aktualisiert.

Neu aufgenommen wird für die Hilfe zum Lebensunterhalt eine gemeindebezogene Aussage zur Hilfeempfängerzahl und zur Sozialhilfequote wie auch Aussagen zu den Sozialhilfeausgaben, die auf die jeweilige Gemeinde entfallen. Im Gegensatz zu der großen Mehrheit der in diesem Bericht ausgewiesenen Daten basieren diese gemeindebezogenen Ausgaben nicht auf Statistiken des LDS, sondern beruhen auf gesonderten internen Ermittlungen des Landkreises.

Alle finanziellen Angaben wurden in Euro umgerechnet, um eine leichtere Vergleichbarkeit mit aktuellen Werten zu ermöglichen.

Nicht weitergeführt wird der Abschnitt des ersten Berichtes, der Ergebnisse des Vergleichsrings Soziales mehrerer Landkreise im Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt betrachtete. Die Arbeit des Vergleichsrings hat sich aufgrund vielfältiger Faktoren als so schwierig und organisatorisch aufwändig erwiesen, dass Ergebnisse in vergleichbarer und nutzbarer Form nicht verfügbar sind.

Verzichtet wird auf detaillierte Aussagen zur Hilfe zur Arbeit, die als Bestandteil der Hilfe zum Lebensunterhalt zweifellos eine große Bedeutung hat. Allerdings würden weitergehende Betrachtungen zu diesem Aufgabenbereich den Rahmen dieses Berichts sprengen, da hierbei weitgehend nicht auf statistisches Material des LDS zurückgegriffen werden kann, sondern eigenes Erhebungsmaterial berücksichtigt werden müsste. Aussagen zum Aufgabenfeld Hilfe zur Arbeit müssten darüber hinaus umfangreicher erläutert und bewertet werden, als dies mit diesem Bericht möglich ist. Es ist, wie auch in der Vergangenheit, vorgesehen, stattdessen dazu gesondert zu informieren, da hierzu auch aktuelle Sonderprogramme des Bundes wie Jump Plus und SPALAR Anlass bieten.

Neu wurde in diesen Bericht die Hilfe in besonderen Lebenslagen einbezogen. Damit ergibt sich ein weitaus vollständigeres Bild der Sozialhilfesituation, als es mit dem ersten Bericht gezeichnet werden konnte. Das Spannungsfeld zwischen dem Grundanliegen, auch mit den Mitteln der Sozialhilfe den Menschen im Landkreis Uckermark die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht und den dazu aufzubringenden finanziellen Ressourcen im Rahmen der angespannten Haushaltslage des Landkreises kann damit vollständiger beleuchtet werden.

Der Bericht stellt bewusst nur die dazu erforderlichen Daten bereit und gibt, soweit erforderlich, Erläuterungen. Er verzichtet weitgehend auf Wertungen und Schlussfolgerungen, da diese mit Erfolg nur im Ergebnis ständiger politischer und fachlicher Diskussion und Meinungsbildung erzielbar sind. Hierfür soll der zweite Sozialhilfebericht mit einer entsprechenden Datenbasis eine Grundlage liefern.

Der Bericht liefert zugleich eine Grundlage für notwendige detailliertere, noch stärker fachlich ausgerichtete Analysen, die für die weitere qualifizierte Ausgestaltung der Hilfen durch die Mitarbeiter der Sozialhilfeverwaltung erforderlich werden. Er kann zugleich als Datenbasis für Überlegungen im Zusammenhang mit der bevorstehenden Sozialhilfereform dienen. Insofern enthält der Bericht eine Vielzahl von Daten, die teilweise sehr detailliert und spezifisch sind und über das allgemeine Informationsbedürfnis hinausgehen. Der Nutzer kann dem durch selektives Lesen Rechnung tragen.

## **2. Organisation der Aufgabenerfüllung im Landkreis Uckermark**

Sozialhilfe wird von örtlichen und überörtlichen Trägern geleistet. Örtliche Träger sind die Landkreise und die kreisfreien Städte, überörtlicher Träger ist das Land Brandenburg.

Die in diesem Bericht betrachteten Hilfen erbringt der Landkreis Uckermark als örtlicher Träger der Sozialhilfe in örtlicher und sachlicher Zuständigkeit bzw. als Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung.

Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung sind die Aufgaben nach § 100 Abs. 1 Nr. 1 und 5 BSHG, also im Wesentlichen die Hilfe zur Pflege und die Eingliederungshilfe für geistig oder seelisch behinderte Menschen und die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten, wenn es jeweils erforderlich ist, die Hilfe stationär oder teilstationär zu gewähren.

Zum Ausgleich der dafür entstehenden Belastungen erhält der Landkreis Uckermark vom Land nach Maßgabe der jeweils geltenden landesgesetzlichen Regelungen eine Kostenerstattung.

Aufgrund der Regelungen des BSHG und des Ausführungsgesetzes des Landes Brandenburg zum BSHG hat der Landkreis durch Satzungen festgelegt, dass die Städte Schwedt/Oder und Prenzlau sowie das Amt Gartz (Oder) zur Durchführung von dem Landkreis als örtlichem Träger der Sozialhilfe obliegenden Aufgaben herangezogen werden. Hierbei entscheiden sie in eigenem Namen. Während die Heranziehung der Stadt Prenzlau und des Amtes Gartz (Oder) die Hilfe zum Lebensunterhalt umfasst, wird die Stadt Schwedt/Oder sowohl zur Erfüllung der Aufgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt als auch der Hilfe in besonderen Lebenslagen herangezogen.

Der Landkreis Uckermark bleibt trotz Heranziehungssatzungen für die Durchführung der Sozialhilfepflichten weiter in Verantwortung. Er erlässt allgemeine und spezielle Weisungen zur sachgerechten Durchführung des Sozialhilferechtes und zur Sicherstellung eines einheitlichen Verfahrens bei der Ermittlung und Bemessung der Sozialhilfeleistungen innerhalb des Landkreises und erstattet die aufgewendeten Kosten sowie Personal- und Sachkosten.

Für die territorialen Bereiche, die nicht durch die Heranziehungssatzungen erfasst sind, verbleibt die Ausführung der Sozialhilfepflichten beim Kreissozialamt.

Die Bearbeitung der Sozialhilfeangelegenheiten durch die Kreisverwaltung selbst erfolgt jeweils in den Regionalstellen in Prenzlau, Angermünde und Templin vor Ort.

### **3. Hilfe zum Lebensunterhalt**

#### **3.1 Grundsätze**

Hilfe zum Lebensunterhalt (HzL) ist dem zu gewähren, der seinen notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, vor allem aus seinem Einkommen und Vermögen beschaffen kann. Berücksichtigt werden grundsätzlich das gesamte Einkommen und das nicht geschützte Vermögen.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt stellt vornehmlich auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse eines Menschen im täglichen Leben ab, während die Hilfe in besonderen Lebenslagen in sogenannten „qualifizierten Notlagen“ wie Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Behinderung u. a. eingreift.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt umfasst besonders Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens. HzL kann durch laufende und einmalige Leistungen gewährt werden.

Aufgabe der Hilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Hilfe soll ihn soweit wie möglich befähigen, unabhängig von ihr zu leben; hierbei muss er nach seinen Kräften mitwirken.

Dabei spielt die Hilfe zur Arbeit eine bedeutende Rolle.

Es ist durch Rechtsprechung anerkannt, dass die Sozialhilfe grundsätzlich nicht als Versorgungsleistung auf Lebenszeit oder als rentenähnliche Dauerleistung angelegt ist, sondern nur auf die Beseitigung einer gegenwärtigen, konkreten Notlage abzielt (vgl. Bundesverwaltungsgerichtsurteil Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte 15, 161).

Die vorliegenden Auswertungen beziehen sich ausschließlich auf die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (HzL a. E.).

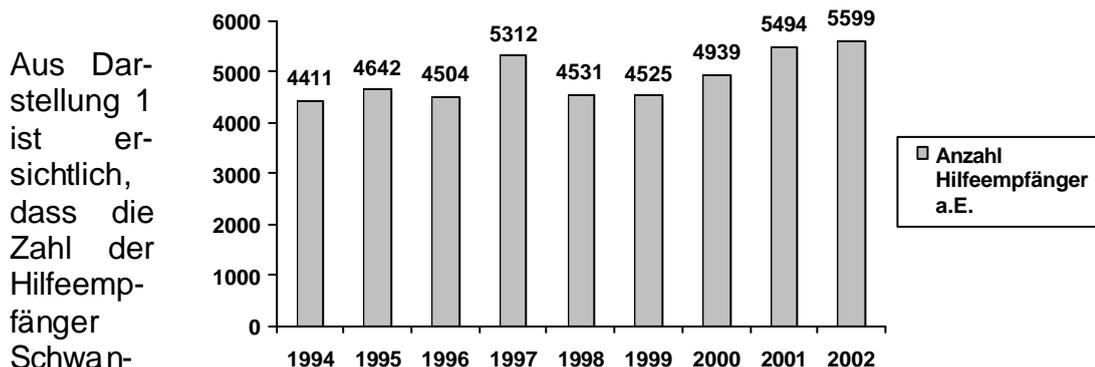
## 3.2 Ergebnisse der Bundessozialhilfestatistik für den Landkreis Uckermark

### 3.2.1 Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

#### 3.2.1.1 Empfängerzahl und Sozialhilfequote

Darstellung 1 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Zahl der Hilfeempfänger seit Bestehen des Landkreises Uckermark.

**Darstellung 1:**  
**Entwicklung der Anzahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt**  
**außerhalb von Einrichtungen im Landkreis Uckermark**  
**(jeweils 31.12.)**



kungen unterliegt und bei einer zwar insbesondere in den letzten drei Jahren deutlich sichtbaren steigenden Tendenz durchaus auch Rückgänge in einzelnen Jahren zu verzeichnen waren. Ein Potential zum Anwachsen der Hilfeempfängerzahl war und ist permanent vorhanden.

Ein deutlicher Schub zum Anwachsen der Hilfeempfängerzahl im Jahr 1997 konnte zunächst 1998 unterbrochen werden, weil es gelungen ist, dem Anstiegstrend durch den Ausbau der Hilfen zur Arbeit, insbesondere in Form von Projekten „Arbeit statt Sozialhilfe“, entgegenzusteuern.

Durch die Möglichkeit, entsprechende Landes- und ESF-Fördermittel (Arbeit statt Sozialhilfe, KONVER) zu erschließen, konnte im Jahresverlauf 1998 der Umfang entsprechender Beschäftigungsprojekte von 15 Maßnahmen mit 235 Teilnehmern auf 29 Projekte mit 489 Teilnehmern erhöht werden.

Neben den eigenen Bemühungen des Landkreises Uckermark als örtlichem Träger der Sozialhilfe selbst trug zu der rückläufigen Entwicklung der Sozialhilfeempfängerzahl im Verlaufe des Jahres 1998 das insgesamt positive Umfeld für den geförderten Arbeitsmarkt im Zuge der Bundestagswahlen bei, an dem auch in größerem Maße Sozialhilfeempfänger (insbesondere Bezieher von Arbeitslosenhilfe mit aufstockender Sozialhilfe) partizipieren konnten.

Seither wurde durch das Sozialamt und die Beschäftigungsträger mit großen Anstrengungen versucht, den Umfang der Hilfe zur Arbeit auf hohem Niveau zu halten, wobei allerdings das dem Landkreis zur Verfügung gestellte Kontingent an Landesmitteln und Mitteln des Europäischen Sozialfonds in bestimmender Weise Rahmenbedingungen vorgibt. Auf dieser Basis verringerte sich in den Jahren 2000 und 2001 der Beschäftigungsumfang in „Arbeit statt Sozialhilfe“ (AsS) trotz verstärkten Einsatzes von Mitteln des Landkreises aufgrund reduzierter Mittelkontingentierung durch das Land von 24 Projekten mit 401 Teilnehmern auf 20 Projekte mit 296 Teilnehmern. Im Jahre 2002 wurden in 23 Projekten 323 Teilnehmer gefördert (AsS nach Landesrichtlinie und kreisliche Projekte).

Die Tendenz zum Wachstum der Sozialhilfeempfängerzahlen ist ab dem Jahr 2000 verstärkt in Erscheinung getreten. 2002 war die höchste Zahl an Hilfeempfängern zu verzeichnen.

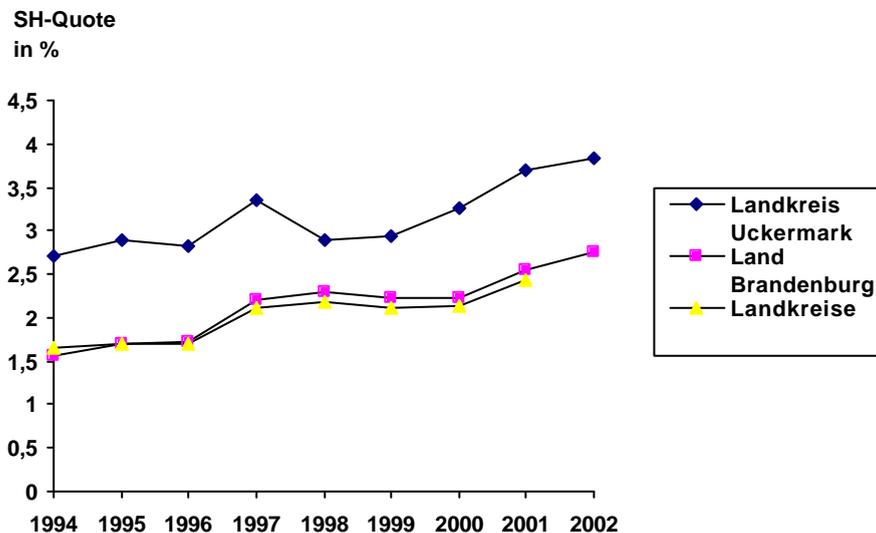
Aus Tabelle 1 wird ersichtlich, dass der Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Einwohnerzahl (Sozialhilfequote) im Landkreis Uckermark in jedem Jahr über der jeweiligen Sozialhilfequote im Durchschnitt des Landes Brandenburg lag.

#### **Tabelle 1:**

## Einwohnerzahl, Hilfeempfängerzahl und Sozialhilfequote im Landkreis Uckermark und im Land Brandenburg

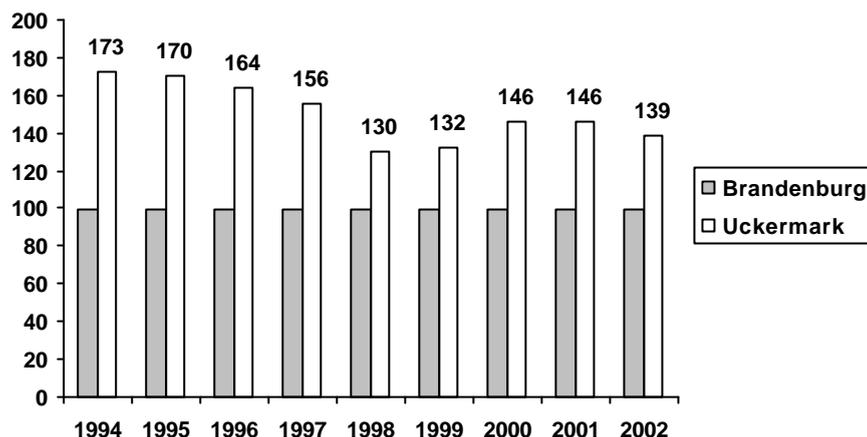
	Landkreis Uckermark			Land Brandenburg insgesamt			Differenz %- Punkte
	Einwoh- ner	Hilfeemp- fänger	Sozialhilfe- quote in %	Einwoh- ner	Hilfeemp- fänger	Sozialhilfe- quote in %	
<b>1994</b>	162.022	4.411	2,72	2.536.747	39.800	1,57	1,15
<b>1995</b>	160.310	4.642	2,90	2.542.042	43.399	1,71	1,19
<b>1996</b>	159.029	4.504	2,83	2.554.441	44.100	1,73	1,10
<b>1997</b>	157.663	5.312	3,36	2.573.291	55.230	2,15	1,21
<b>1998</b>	155.723	4.531	2,90	2.590.375	57.866	2,23	0,67
<b>1999</b>	154.086	4.525	2,94	2.601.207	57.644	2,22	0,72
<b>2000</b>	151.740	4.939	3,25	2.601.962	58.095	2,23	1,02
<b>2001</b>	148.606	5.494	3,70	2.593.040	65.861	2,54	1,16
<b>2002</b>	145.715	5.599	3,84	2.582.379	71.227	2,76	1,08

**Darstellung 2:**  
**Vergleich der Sozialhilfequoten zwischen dem Landkreis Uckermark,**  
**dem Durchschnitt der Landkreise und dem Land Brandenburg insgesamt**  
(vgl. Tabelle 1, Tabelle 3)



Aus Darstellung 2 wird insbesondere deutlich, dass die Unterschiede in der Sozialhilfequote zwischen dem Landkreis Uckermark, dem Land Brandenburg insgesamt, sowie dem Durchschnitt der Landkreise nicht nur marginaler Natur sind, sondern gravierend ins Auge fallen. Eine zwischenzeitliche Annäherung im Jahr 1998 der Sozialhilfequote des Landkreises Uckermark (2,90 %) und des Landes (2,23 %) mit einer Differenz von nur noch 0,67 Prozentpunkten hat sich in den Folgejahren nicht fortgesetzt. Durch den verstärkten Anstieg der Sozialhilfequote im Landkreis Uckermark ist die Differenz wieder auf 1,08 Prozentpunkte angewachsen (2002).

**Darstellung 3:**  
**Relative Höhe der Sozialhilfequote im Landkreis Uckermark**  
**im Vergleich zum Landesdurchschnitt**  
**(Land Brandenburg = 100)**



Wird die Sozialhilfequote im Durchschnitt der Landkreise und kreisfreien Städte in Brandenburg gleich 100 % gesetzt, liegt die relative Sozialhilfequote im Landkreis Uckermark bei 139 % (2002). Wie aus Darstellung 3 ersichtlich, ist der für den Zeitraum 1994 – 1998 zu verzeichnende stabile Trend zu einem Abbau des Unterschieds in den Sozialhilfequoten in den Jahren ab 1999 abgebrochen.

Die Ursachen dafür werden vorrangig in der allgemeinen Einkommens- und Vermögenssituation im Landkreis Uckermark gesehen, wie sie sich aufgrund der wirtschaftlichen Lage, insbesondere der Arbeitsmarktsituation, ergibt. Ebenso ist von einem Effekt der Wanderungsbewegungen auszugehen, da der Landkreis Uckermark besonders von einer Abwanderung jüngerer, qualifizierter, leistungsbereiter und leistungsfähiger Bevölkerungsgruppen betroffen ist.

Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Verteilung der Empfänger von HzL nach ihrem Wohnort innerhalb des Landkreises. Es wird deutlich, dass die Differenzierung in der Sozialhilfequote auch innerhalb des Landkreises beträchtlich ist. Während die Quote in den Städten Prenzlau, Schwedt/Oder und Angermünde über dem Kreisdurchschnitt liegt, haben alle anderen Städte, Gemeinden und Ämter eine Sozialhilfequote zu verzeichnen, die unter dem Kreisdurchschnitt liegt.

**Tabelle 2:**  
**Gemeindebezogene Empfängerstatistik Hilfe zum Lebensunterhalt**  
**a. E. am 31.12.01**

	<b>Anzahl der Hilfe- empfänger</b>	<b>Anzahl der Bedarfs- gemeinschaften</b>	<b>Quote in %</b>
Stadt Angermünde	389	215	4,05
Stadt Templin	471	237	3,44
Stadt Schwedt/O.	2.177	1.146	5,71
Stadt Prenzlau	1.290	680	5,92
Stadt Lychen	107	53	2,70
Amt Angermünde-Land	81	36	1,26
Amt Brüssow	157	91	2,77
Amt Gartz/O.	199	101	2,23
Amt Gerswalde	153	74	2,64
Amt Gramzow	126	66	1,56
Amt Oder-Welse	128	62	2,10
Amt Templin-Land	47	27	1,11
Gem. Boitzenburger Land	108	54	2,49
Gem. Uckerland	80	37	2,26
Gem. Nordwest-UM	86	41	1,60
<b>Gesamt</b>	<b>5.599</b>	<b>2.920</b>	<b>3,84</b>

Tabelle 3 gibt als Gesamtübersicht die entsprechenden Werte zur Sozialhilfeempfängerzahl und Sozialhilfequote für alle Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg detailliert wieder. Daraus wird ersichtlich, dass der Landkreis Uckermark lediglich 1998 mit der Sozialhilfequote nicht an der Spitze aller Kreise und kreisfreien Städte gelegen hat. Zu beachten ist, dass Tab. 3 abweichend von den sonstigen Angaben in diesem Bericht die Bezieher von HzL in Einrichtungen (so genannte Pflegestufe 0 in Pflegeeinrichtungen) mit einschließt. Werte für 2002 waren noch nicht verfügbar.

Aus technischen Gründen muss Tabelle 3 in zwei Teilen wiedergegeben werden.

**Tabelle 3:**  
**Empfängerdichte laufender Hilfe zum Lebensunterhalt der Stadt- und Landkreise**

	1994			1995			1996			1997			1998		
	Empf.	Bevölkerung	Rate je 100												
<b>Kreisfreie Städte</b>	<b>7.315</b>	<b>433.965</b>	<b>1,69</b>	<b>8.954</b>	<b>426.634</b>	<b>2,10</b>	<b>9.088</b>	<b>419.862</b>	<b>2,16</b>	<b>10.551</b>	<b>410.665</b>	<b>2,57</b>	<b>11.421</b>	<b>400.910</b>	<b>2,85</b>
Brandenburg	1.605	87.731	1,83	1.756	85.994	2,04	2.182	84.493	2,58	2.226	82.460	2,70	2.307	80.530	2,86
Cottbus	2.239	125.643	1,78	2.534	123.214	2,06	2.382	120.812	1,97	2.763	118.463	2,33	3.004	114.872	2,62
Frankfurt/Oder	1.176	82.323	1,43	1.570	80.807	1,94	1.747	79.784	2,19	2.393	77.891	3,07	2.203	75.710	2,91
Potsdam	2.295	138.268	1,66	3.094	136.619	2,26	2.777	134.773	2,06	3.169	131.851	2,40	3.907	129.798	3,01
<b>Landkreise</b>	<b>34.924</b>	<b>2.102.782</b>	<b>1,66</b>	<b>36.254</b>	<b>2.115.408</b>	<b>1,71</b>	<b>36.488</b>	<b>2.134.579</b>	<b>1,71</b>	<b>45.737</b>	<b>2.162.626</b>	<b>2,11</b>	<b>47.445</b>	<b>2.189.465</b>	<b>2,17</b>
Barnim	2.482	150.060	1,65	2.566	151.783	1,69	2.476	154.698	1,60	3.179	159.689	1,99	3.629	163.937	2,21
Dahme-Spreewald	2.115	142.819	1,48	2.103	144.990	1,45	2.350	147.871	1,59	2.922	150.995	1,94	2.876	154.894	1,86
Elbe-Elster	1.530	137.947	1,11	1.685	136.889	1,23	1.837	136.286	1,35	2.271	135.624	1,67	2.386	134.684	1,77
Havelland	1.991	129.482	1,54	2.026	131.381	1,54	2.501	133.823	1,87	3.676	137.204	2,68	3.767	141.105	2,67
Märkisch-Oderland	2.094	170.631	1,23	2.084	172.577	1,21	2.571	175.033	1,47	3.342	178.958	1,87	3.482	182.968	1,90
Oberhavel	2.598	167.935	1,55	2.838	170.505	1,66	2.761	173.666	1,59	3.173	178.353	1,78	3.442	183.997	1,87
Oberspreewald-Lausitz	2.917	158.537	1,84	3.777	156.758	2,41	3.580	155.024	2,31	4.390	152.924	2,87	4.436	150.414	2,95
Oder-Spree	2.710	188.986	1,43	2.840	190.839	1,49	2.881	193.006	1,49	4.039	195.032	2,07	4.301	196.655	2,19
Ostprignitz-Ruppin	2.563	116.180	2,21	2.471	116.005	2,13	2.358	115.637	2,04	2.702	115.670	2,34	2.845	115.193	2,47
Potsdam-Mittelmark	2.371	175.766	1,35	2.167	180.324	1,20	2.361	184.987	1,28	2.584	192.300	1,34	3.074	200.022	1,54
Prignitz	2.029	102.650	1,98	1.864	101.421	1,84	1.615	100.422	1,61	1.964	99.024	1,98	1.971	98.205	2,01
Spree-Neiße	2.548	152.982	1,67	2.626	153.493	1,71	2.895	154.856	1,87	3.928	155.946	2,52	4.185	155.773	2,69
Teltow-Fläming	2.234	146.785	1,52	2.371	148.133	1,60	1.684	150.241	1,12	2.172	153.244	1,42	2.462	155.895	1,58
Uckermark	4.742	162.022	2,93	4.836	160.310	3,02	4.618	159.029	2,90	5.395	157.663	3,42	4.589	155.723	2,95
<b>Land Brandenburg</b>	<b>42.239</b>	<b>2.536.747</b>	<b>1,67</b>	<b>45.208</b>	<b>2.542.042</b>	<b>1,78</b>	<b>45.576</b>	<b>2.554.441</b>	<b>1,78</b>	<b>56.288</b>	<b>2.573.291</b>	<b>2,19</b>	<b>58.866</b>	<b>2.590.375</b>	<b>2,27</b>

Fortsetzung Tabelle 3

	1999			2000			2001		
	Empfänger	Bevölkerung	Rate je 100	Empfänger	Bevölkerung	Rate je 100	Empfänger	Bevölkerung	Rate je 100
<b>Kreisfreie Städte</b>	<b>10.840</b>	<b>392.667</b>	<b>2,76</b>	<b>10.792</b>	<b>387.462</b>	<b>2,79</b>	<b>12.210</b>	<b>383.048</b>	<b>3,19</b>
Brandenburg	2.041	78.958	2,58	2.460	77.516	3,17	2.681	76.351	3,51
Cottbus	3.181	110.894	2,87	2.985	108.491	2,75	3.233	105.954	3,05
Frankfurt/O.	2.038	73.832	2,76	1.806	72.131	2,50	2.185	70.308	3,11
Potsdam	3.580	128.983	2,78	3.541	129.324	2,74	4.111	130.435	3,15
<b>Landkreise</b>	<b>47.908</b>	<b>2.208.540</b>	<b>2,17</b>	<b>47.786</b>	<b>2.214.500</b>	<b>2,16</b>	<b>54.046</b>	<b>2.209.992</b>	<b>2,45</b>
Barnim	3.126	167.914	1,86	2.563	170.288	1,51	3.477	171.490	2,03
Dahme-Spreewald	2.938	157.341	1,87	3.291	158.994	2,07	4.149	159.568	2,60
Elbe-Elster	2.414	132.873	1,82	2.441	131.161	1,86	2.649	129.066	2,05
Havelland	3.774	144.944	2,60	3.849	148.130	2,60	4.361	150.340	2,90
Märkisch-Oderland	3.805	186.573	2,04	3.802	188.277	2,02	4.525	189.634	2,39
Oberhavel	3.794	189.191	2,01	3.971	192.123	2,07	4.744	194.022	2,45
Oberspreewald-Lausitz	4.217	148.124	2,85	4.355	145.110	3,00	4.203	141.959	2,96
Oder-Spree	4.069	196.784	2,07	3.743	196.453	1,91	4.066	195.670	2,08
Ostprignitz-Ruppin	2.823	114.273	2,47	2.831	112.930	2,51	3.175	111.878	2,84
Potsdam-Mittelmark	3.458	205.788	1,68	2.877	210.031	1,40	3.571	212.230	1,68
Prignitz	1.975	97.076	2,03	1.975	95.701	2,06	2.075	94.015	2,21
Spree-Neiße	4.058	155.247	2,61	4.034	153.827	2,62	4.261	151.100	2,82
Teltow-Fläming	2.890	158.326	1,83	3.082	159.735	1,93	3.271	160.414	2,04
Uckermark	4.567	154.086	2,96	4.972	151.740	3,28	5.519	148.606	3,71
<b>Land Brandenburg</b>	<b>58.748</b>	<b>2.601.207</b>	<b>2,26</b>	<b>58.578</b>	<b>2.601.962</b>	<b>2,25</b>	<b>66.256</b>	<b>2.593.040</b>	<b>2,56</b>

Quelle: Landesgesundheitsamt: Info-Dienst, Sozialberichterstattung, Dez. 1999, Jahrgang 1, Nr. 1

LDS Brandenburg „Bevölkerungsstand im Land Brandenburg“, Stand: 31.12.99, 31.12.00, 31.12.01

LDS Brandenburg „Statistische Berichte – Sozialhilfe im Land Brandenburg, Teil 2“, Jahr: 1999, 2000, 2001

### 3.2.1.2 Geschlechterverhältnis

Tabelle 4 gibt einen Überblick über die jeweilige Zahl männlicher und weiblicher Hilfeempfänger an der Gesamtzahl der Hilfeempfänger.

**Tabelle 4:**  
**Anzahl der männlichen und weiblichen Hilfeempfänger (HzL a. E.)**

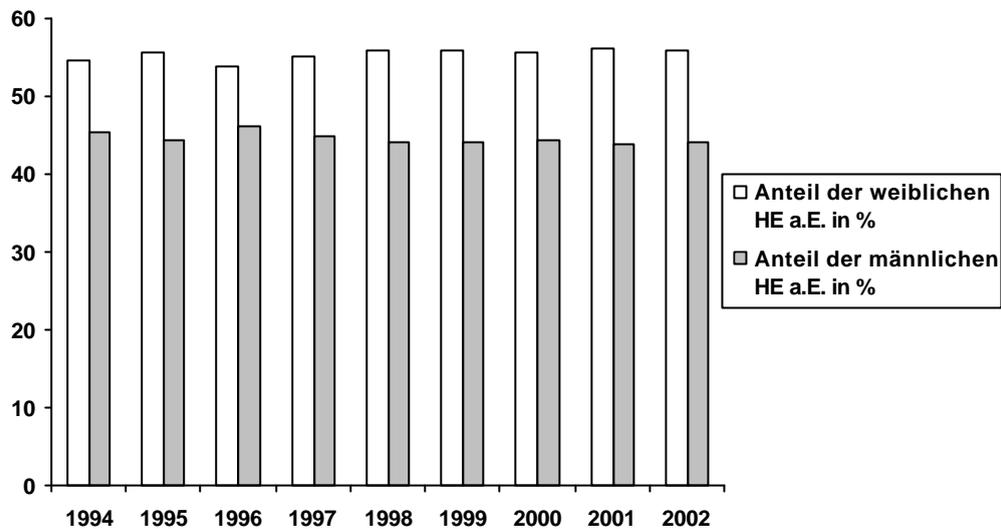
	<b>Anzahl der Hilfeempfänger</b>	<b>darunter männlich</b>	<b>darunter weiblich</b>
<b>1994</b>	4.411	2.001	2.410
<b>1995</b>	4.642	2.060	2.582
<b>1996</b>	4.504	2.075	2.429
<b>1997</b>	5.312	2.386	2.926
<b>1998</b>	4.531	2.002	2.529
<b>1999</b>	4.525	2.001	2.524
<b>2000</b>	4.939	2.188	2.751
<b>2001</b>	5.494	2.411	3.083
<b>2002</b>	5.599	2.469	3.130

Kontinuierlich liegt der Anteil weiblicher Hilfeempfänger über dem Anteil männlicher (Tab. 5, Darstellung 4).

**Tabelle 5:**  
**Anteil weiblicher und männlicher Hilfeempfänger (HzL a. E.)**

	<b>Anteil der weiblichen Hilfeempfänger in %</b>	<b>Anteil der männlichen Hilfeempfänger in %</b>
<b>1994</b>	54,6	45,4
<b>1995</b>	55,6	44,4
<b>1996</b>	53,9	46,1
<b>1997</b>	55,1	44,9
<b>1998</b>	55,8	44,2
<b>1999</b>	55,8	44,2
<b>2000</b>	55,7	44,3
<b>2001</b>	56,1	43,9
<b>2002</b>	55,9	44,1

**Darstellung 4:**  
**Anteil weiblicher und Anteil männlicher Hilfeempfänger**  
 (vgl. Tabelle 5)



Der höhere Anteil weiblicher Hilfeempfänger begründet sich u. a. in

- fehlendem/geringerem Erwerbseinkommen in Verbindung mit Kindererziehung,
- stärkerer Betroffenheit von Arbeitslosigkeit,
- geringerem Einkommensniveau, das sich auf die Höhe der Ansprüche bei Arbeitslosigkeit auswirkt,
- höherem Anteil von Frauen an der Gesamtbevölkerung.

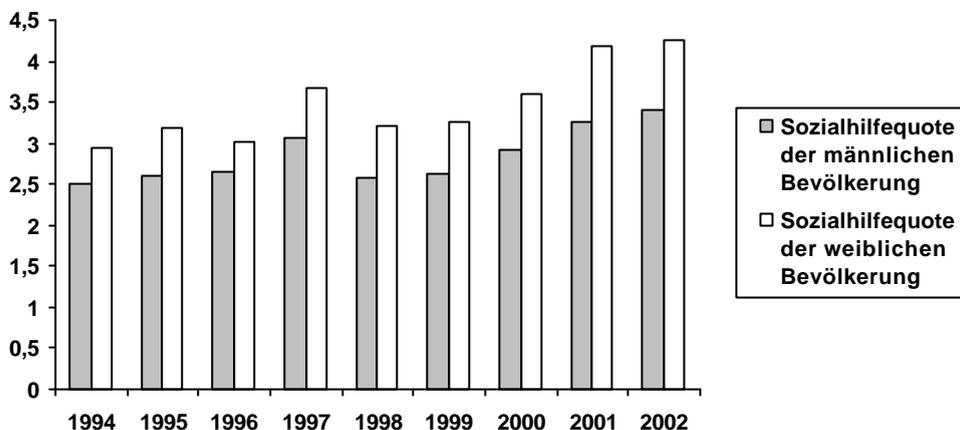
Wird letztgenannter Faktor in der Weise ausgeschlossen, dass die Sozialhilfequote jeweils getrennt für die männliche und weibliche Bevölkerungsgruppe berechnet wird, ergibt sich gleichermaßen die Feststellung, dass die Sozialhilfequote der weiblichen Bevölkerung deutlich über der der männlichen Bevölkerung liegt. Zudem gibt es eine Tendenz, dass der Abstand in den Sozialhilfequoten zwischen beiden Bevölkerungsgruppen größer wird.

**Tabelle 6:**  
**Vergleich der Sozialhilfequote der männlichen und weiblichen Bevölkerung (HzL a. E.)**

	Sozialhilfequote der männl. Bevölkerung in %	Sozialhilfequote der weibl. Bevölkerung in %	Differenz (%-Punkte)
<b>1994</b>	2,50	2,94	0,44
<b>1995</b>	2,60	3,18	0,58
<b>1996</b>	2,64	3,02	0,38
<b>1997</b>	3,06	3,68	0,62
<b>1998</b>	2,59	3,22	0,63
<b>1999</b>	2,62	3,25	0,63
<b>2000</b>	2,91	3,60	0,69
<b>2001</b>	3,27	4,19	0,92
<b>2002</b>	3,41	4,26	0,85

**Darstellung 5:  
Vergleich der Sozialhilfequote der männlichen und weiblichen Bevölkerung (HzL a. E.)**

(vgl. Tabelle 6)



### 3.2.1.3 Altersstruktur

Aus Tabelle 7 wird die Verteilung der Hilfeempfänger auf einzelne Altersgruppen ersichtlich. Bei der Festlegung der Altersgruppen wurde der Zeitraum bis zum Erreichen der Volljährigkeit zusammengefasst, ebenso wurde die Altersgruppe der über 60-Jährigen nicht weiter unterteilt.

**Tabelle 7:  
Altersgruppenzugehörigkeit der Empfänger von  
Hilfe zum Lebensunterhalt a. E.**

	Gesamtzahl der HE	0 bis unter 18 J.	18 bis unt. 30 J.	30 bis unt. 40 J.	40 bis unt. 50 J.	50 bis unt. 60 J.	60 J. und älter
<b>1994</b>	4.411	2.022	1.013	725	358	186	107
<b>1995</b>	4.642	2.100	1.117	761	391	196	77
<b>1996</b>	4.504	1.851	1.183	734	436	201	99
<b>1997</b>	5.312	2.118	1.445	791	568	228	162
<b>1998</b>	4.531	1.832	1.150	682	451	234	182
<b>1999</b>	4.525	1.815	1.153	679	460	217	201
<b>2000</b>	4.939	1.934	1.326	698	535	225	221
<b>2001</b>	5.494	2.138	1.464	757	629	262	244
<b>2002</b>	5.599	2.088	1.513	752	670	327	249

**Tabelle 8:**  
**Altersgruppenstruktur in prozentualen Anteilen**

	<b>Gesamtzahl der HE</b>	<b>0 bis unt. 18 Jahre in %</b>	<b>18 bis unt. 30 J. in %</b>	<b>30 bis unt. 40 J. in %</b>	<b>40 bis unt. 50 J. in %</b>	<b>50 bis unt. 60 J. in %</b>	<b>60 Jahre und älter in %</b>
<b>1994</b>	4.411	45,84	22,97	16,44	8,12	4,22	2,43
<b>1995</b>	4.642	45,24	24,06	16,39	8,42	4,22	1,66
<b>1996</b>	4.504	41,10	26,27	16,30	9,68	4,46	2,20
<b>1997</b>	5.312	39,87	27,20	14,89	10,69	4,29	3,05
<b>1998</b>	4.531	40,43	25,38	15,05	10,00	5,16	4,02
<b>1999</b>	4.525	40,11	25,48	15,00	10,17	4,80	4,44
<b>2000</b>	4.939	39,16	26,85	14,13	10,83	4,56	4,47
<b>2001</b>	5.494	38,92	26,65	13,78	11,45	4,77	4,44
<b>2002</b>	5.599	37,29	27,02	13,43	11,97	5,84	4,45

Augenfällig ist der hohe Anteil Kinder und Jugendlicher in der Altersgruppe von 0 - 18 Jahren sowie junger Erwachsener zwischen 18 und 30 Jahren an der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger. Ca. 37 % aller Sozialhilfeempfänger sind jünger als 18 Jahre, knapp  $\frac{2}{3}$  aller Hilfeempfänger jünger als 30 Jahre. Folgende Gründe werden für diese Situation gesehen:

- Jugendliche bekommen nach der Schule keine Lehrstelle und haben so keine Ansprüche beim Arbeitsamt. Ihr oft einziges Einkommen Kindergeld (in den meisten Fällen 154 €) reicht nicht aus, den Bedarf abzudecken (Regelsatz nach BSHG für Kinder zwischen 15 und 18 Jahren 255 €, für Haushaltsangehörige über 18 Jahre 226 € - Regelsatzangaben aktuell für Juli 2003),
- Jugendliche finden nach Beendigung der Berufsausbildung keine Arbeit. Die während der Ausbildung erworbenen Ansprüche beim Arbeitsamt sind dann so gering, dass der Bedarf davon nicht gedeckt werden kann und sie so auf (aufstockende) Sozialhilfe angewiesen sind.
- Das Familieneinkommen reicht nicht aus. Für Kinder kann in einer Familie meist als Einkommen nur das Kindergeld zugrundegelegt werden. Die Höhe richtet sich nach der Anzahl der Kinder.  
Die meisten Familien haben ein oder zwei Kinder, so dass pro Kind ein Einkommen von 154 € (sozialhilferechtlich allerdings nur 143,75 € unter Berücksichtigung des Familienfreibetrages) angerechnet werden kann. Die jeweiligen Regelsätze nach BSHG pro Kind sind aber höher, so dass Kinder ihren Bedarf nicht decken können und deshalb eine so hohe Empfänger-Quote aufweisen.
- Unterhaltsvorschussleistungen des Jugendamtes werden längstens 6 Jahre und höchstens bis zum 12. Lebensjahr des Kindes gewährt. Sind Unterhaltsvorschussleistungen 6 Jahre gewährt worden oder ist das Kind 12 Jahre alt, fällt der Unterhaltsvorschuss, den das Jugendamt bisher zahlte, weg; das Einkommen der Bedarfsgemeinschaft wird geringer. Ein Kind, das bisher seinen Bedarf selbst decken konnte (Einkommen in Form von Kindergeld und Unterhaltsvorschuss reichten aus), wird so zum Sozialhilfeempfänger.

In Bezug auf die Altersgruppe der über 60-Jährigen, für die in aller Regel unter Berücksichtigung der allgemeinen Arbeitsmarktsituation und der persönlichen Gegebenheiten davon ausgegangen werden muss, dass aktive Erwerbstätigkeit nicht mehr besteht, wird deutlich, dass die Zahl der Sozialhilfeempfänger vergleichsweise gering ist.

Es ist festzustellen, dass trotz einer in dieser Altersgruppe vermutlich höheren Dunkelziffer von Personen, die einen Sozialhilfeanspruch hätten, diesen aber nicht durchsetzen, Altersarmut und damit in Zusammenhang Sozialhilfebedürftigkeit eher nur einen geringeren Umfang einnehmen (mit Inkrafttreten des Grundsicherungsgesetzes ab 2003 wird Sozialhilfebedürftigkeit für über 65-Jährige generell zur Ausnahme).

Neben der Betrachtungsweise, bei der der Anteil der einzelnen Altersgruppen an der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger ermittelt wird, erscheint vor allem ein Vergleich der Sozialhilfebedürftigkeit in den jeweiligen Altersgruppen interessant. Hierzu wird in Tabelle 9 die Sozialhilfequote in den jeweiligen Altersgruppen ausgewiesen.

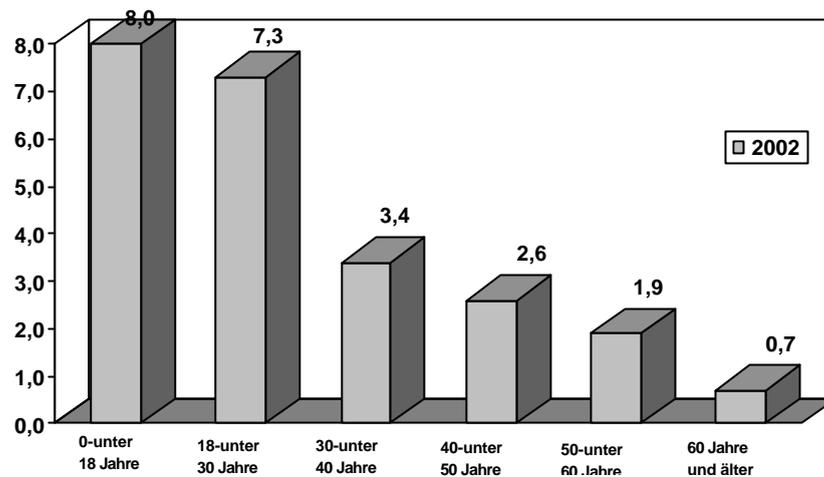
**Tabelle 9:  
Sozialhilfequote in den Altersgruppen der Bevölkerung  
(Angaben in %)**

	<b>0 bis unter 18 J.</b>	<b>18 bis unter 30 J.</b>	<b>30 bis unter 40 J.</b>	<b>40 bis unter 50 J.</b>	<b>50 bis unter 60 J.</b>	<b>60 Jahre und älter</b>
<b>1994</b>	5,4	4,1	2,6	1,8	0,8	0,4
<b>1995</b>	5,8	4,7	2,8	1,8	0,9	0,3
<b>1996</b>	5,4	5,1	2,7	1,9	1,0	0,3
<b>1997</b>	6,4	6,3	2,9	2,4	1,2	0,5
<b>1998</b>	5,8	5,1	2,6	1,9	1,2	0,6
<b>1999</b>	6,1	5,2	2,7	1,8	1,2	0,6
<b>2000</b>	6,9	6,2	2,9	2,1	1,3	0,6
<b>2001</b>	8,1	7,1	3,4	2,4	1,5	0,7
<b>2002</b>	8,0	7,3	3,4	2,6	1,9	0,7

Basiszahl für 2002: Bevölkerung nach Alter – Stand: 31.12.01

Es bestätigt sich, dass die Sozialhilfebedürftigkeit in den Altersgruppen bis 30 Jahre am höchsten ist. 8,0 % der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre erhalten Sozialhilfe, in der Altersgruppe der über 60-Jährigen nur 0,7 % der Bevölkerung. Auffallend ist, dass die Sozialhilfequote von Altersgruppe zu Altersgruppe stetig abnimmt (siehe Tabelle 9 und Darstellung 6).

**Darstellung 6:**  
**Sozialhilfequote in den Altersgruppen der Bevölkerung im Jahr 2002**



### 3.2.1.4 Erwerbsstatus

In Tabelle 10, die einen Überblick über den Erwerbsstatus der Hilfeempfänger gibt, werden gemäß den Kriterien der Bundessozialhilfestatistik nur diejenigen Hilfeempfänger berücksichtigt, die im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren sind.

**Tabelle 10:**  
**Erwerbsstatus der Sozialhilfeempfänger (HzL a. E.)**

Für die Jahre 1994 – 1996 liegen keine vollständigen Daten vor. Deshalb wird die Tabelle nur für die Jahre 1997 bis 2002 geführt.

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Hilfeempfänger a. E. im erwerbsfähigen Alter ges.	3.406	2856	2.876	2.784	3.112	3.668
erwerbstätig	213	209	158	156	159	161
davon						
- Vollzeit	186	173	133	133	132	131
- Teilzeit	27	36	25	23	27	30
arbeitslos gemeldet	1.952	1.485	1622	1.821	2.084	2.324
davon						
- mit AFG-Leistung	942	723	906	964	1.164	1.292
- ohne AFG-Leistung	1.010	762	716	857	920	1.032
nicht erwerbstätig	1.241	1.162	1.096	807	869	1.183
davon						
- wg. Aus- u. Fortbild.	329	312	262	120	111	336
- wg. häusl. Bindung	349	365	332	361	410	400
- wg. Krankheit, Behinderung, Arbeitsunfähigkeit	80	95	110	114	135	157
- aus Altersgründen	27	24	42	1	0	31
- aus sonst. Gründen	456	356	350	211	213	259

Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Hilfeempfänger ist seit 1998 stetig gestiegen. Seit 1998 überwiegt die Zahl arbeitslos gemeldeter Sozialhilfeempfänger mit Bezug von SGB III-Leistungen (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe) gegenüber arbeitslos Gemeldeten ohne Leistungsbezug nach SGB III. Dies weist darauf hin, dass in immer mehr Fällen die Leistungen des Arbeitsamtes zur Sicherung des notwendigen Lebensunterhaltes nicht ausreichen und aufstockende Sozialhilfe gewährt werden muss.

### 3.2.2 Bedarfsgemeinschaften

#### 3.2.2.1 Zahl und Durchschnittsgröße der Bedarfsgemeinschaften

Die Aussagen unter 3.2.1 bezogen sich auf die Personen, denen Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt wird. Relevant ist ebenso der Begriff der Bedarfsgemeinschaft, der ebenfalls in der Bundessozialhilfestatistik berücksichtigt wird.

Unter einer Bedarfsgemeinschaft wird vom BSHG ausgehend jeweils der Personenkreis gemeinsam betrachtet, der aufgrund der familiären Situation eng miteinander verbunden ist und „aus einem Topf“ wirtschaftet. Der Begriff „Bedarfsgemeinschaft“ wird in der Literatur zunehmend durch das Wort „Einsatzgemeinschaft“ abgelöst. Teilweise werden auch die Begriffe „Sozialhilfehaushalt“, „Fall“ oder auch „Zahlfall“ synonym gebraucht. Zu beachten ist, dass in der Sozialhilfepraxis das Wort „Bedarfsgemeinschaft“ auch gebraucht wird, wenn zum Zahlfall tatsächlich nur eine Person gehört.

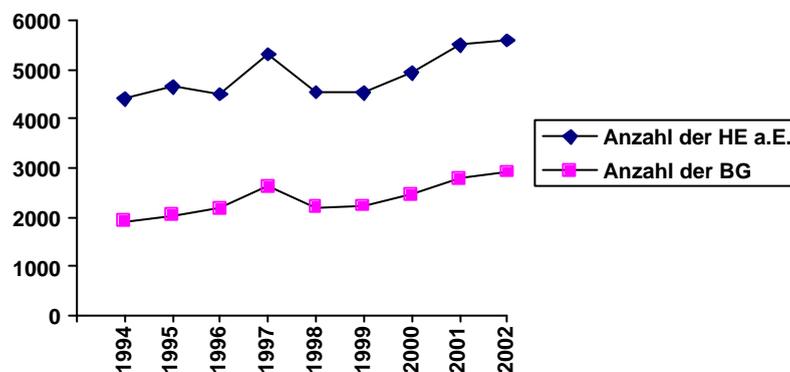
Tabelle 11 und Darstellung 7 spiegeln die Entwicklung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften wider, die etwa parallel zur Entwicklung der Anzahl der Hilfeempfänger verläuft (vgl. Darstellung 2, Tabelle 1).

**Tabelle 11:**  
**Anzahl und Durchschnittsgröße der Bedarfsgemeinschaften**  
**(HzL a. E.)**

	Anzahl der Hilfeempfänger a. E.	Anzahl der Bedarfsgemeinschaften	Ø Größe der Bedarfsgemeinschaften (Personenzahl)
<b>1994</b>	4.411	1.921	2,30
<b>1995</b>	4.642	2.043	2,27
<b>1996</b>	4.504	2.179	2,07
<b>1997</b>	5.312	2.627	2,02
<b>1998</b>	4.531	2.196	2,06
<b>1999</b>	4.525	2.234	2,03
<b>2000</b>	4.939	2.464	2,00
<b>2001</b>	5.494	2.788	1,97
<b>2002</b>	5.599	2.920	1,92

Allerdings zeichnet sich eine sinkende Tendenz bei der Durchschnittsgröße der Bedarfsgemeinschaften ab. Während 1994 eine Bedarfsgemeinschaft rechnerisch im Durchschnitt noch aus 2,3 Personen bestand, hat sich diese auf 1,92 Personen im Jahr 2002 verkleinert. Dies dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit zwei und mehr Kindern zurückgeht und die Zahl der allein lebenden Hilfeempfänger - wenn auch nicht konstant - im Anwachsen begriffen ist (vgl. 3.2.2.2).

**Darstellung 7:**  
**Anzahl der Hilfeempfänger und der Bedarfsgemeinschaften**  
 (vgl. Tabelle 11)



### 3.2.2.2 Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaften

In Bezug auf die Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaften liegen vollständige Daten nur für die Jahre ab 1997 vor.

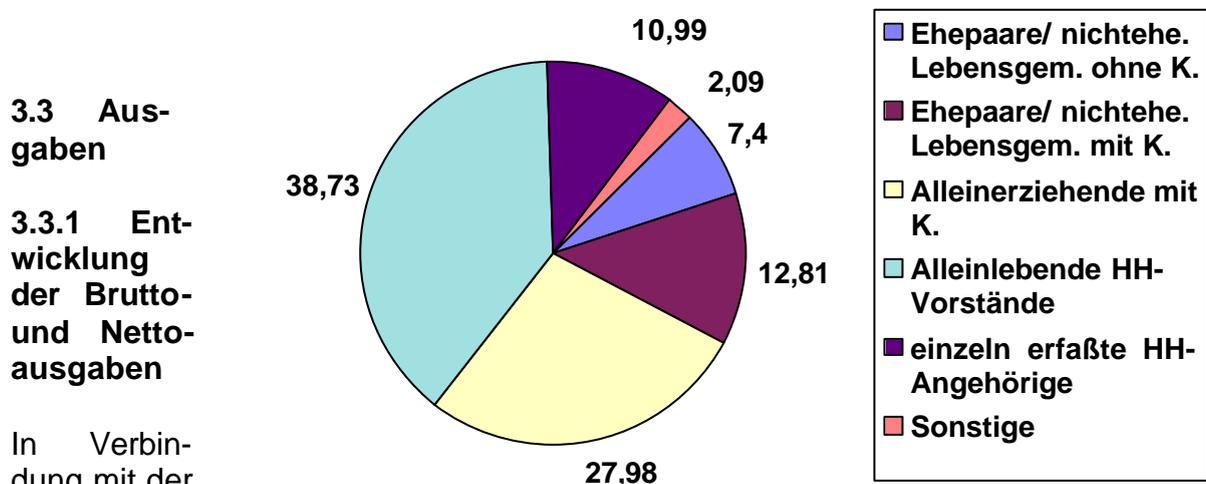
Aus der Tabelle 12 wird deutlich, dass neben der Gruppe der Einzelpersonen (alleinlebende Haushaltsvorstände) vor allem Familien mit Kindern und hier insbesondere Alleinerziehende mit einem oder mehreren Kindern den Hauptteil der Bedarfsgemeinschaften bilden.

**Tabelle 12:**  
**Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaften**

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	%-Anteil für 2002
Bedarfsgemeinschaften insgesamt	2.627	2.196	2.234	2.464	2.788	2.920	
Ehepaare/nichtehe- liche Lebensgemein- schaften ohne Kinder	176	156	143	165	196	216	7,40
Ehepaare/nichtehe- liche Lebensgemeinsch. - mit einem Kind	157	154	161	184	178	193	6,61
- mit 2 Kindern	143	127	121	131	113	111	3,80
- mit 3 u. mehr Kind.	114	88	79	80	95	70	2,40
Alleinlebende Haushaltsvorstände	973	746	818	883	1.010	1.131	38,73
Alleinerziehende - mit einem Kind	402	351	362	385	480	483	16,54
- mit 2 Kindern	183	162	176	197	236	237	8,12
- mit 3 u. mehr Kind.	92	77	83	84	86	97	3,32
einzelner erfasste Haushaltsangehörige	309	282	250	301	340	321	10,99
sonstige Bedarfsgemeinschaften	78	53	41	54	54	61	2,09

Für das Jahr 2002 lässt sich die Verteilung der einzelnen Bedarfsgemeinschaften wie folgt darstellen:

**Darstellung 8:**  
**Anteil der einzelnen Gruppen von Bedarfsgemeinschaften (%)**  
(vgl. Tabelle 12)



steht die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben. Allerdings wird die Entwicklung der Ausgaben daneben von zahlreichen anderen Faktoren ebenso maßgeblich beeinflusst.

Dazu gehört z. B. die Anpassung der Regelsätze, nach denen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt a. E. gewährt wird.

Die Regelsätze umfassen die laufenden Leistungen für Ernährung, hauswirtschaftlichen Bedarf einschließlich Haushaltsenergie sowie für persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens. Neben den Regelsätzen sind ggf. Mehrbedarfstatbestände zu berücksichtigen.

Am Beispiel des Regelsatzes für Haushaltsvorstände und Alleinstehende ergibt sich z. B. folgende Entwicklung (Tabelle 13):

**Tabelle 13:  
Entwicklung der Regelsätze für Haushaltsvorstände und Alleinstehende  
(Eckregelsatz)**

<b>Zeitraum</b>	<b>DM/Monat</b>	<b>€/Monat</b>
Bis 31.12.1995	500,00	(255,65)
Ab 01.01.1996	504,00	(257,69)
Ab 01.07.1996	509,00	(260,25)
Ab 01.07.1997	516,00	(263,83)
Ab 01.07.1998	517,00	(264,34)
Ab 01.07.1999	524,00	(267,92)
Ab 01.07.2000	527,00	(269,45)
Ab 01.07.2001	537,00	(274,56)
Ab 01.01.2002	(537,00)	274,56
Ab 01.07.2002	(547,63)	280,00
Ab 01.07.2003	(553,50)	283,00

Stärkeren Einfluss auf die Kostenentwicklung haben daneben auch die Kosten der Unterkunft und der Heizung. Mietpreiserhöhungen schlagen sich voll in den Kosten der Sozialhilfe nieder. Die in den letzten Jahren verstärkt vorgenommenen Wohnungsmodernisierungen haben hierbei einen beachtlichen Einfluss. Auch andere Kostenfaktoren, wie z. B. Wohnnebenkosten, wirken sich auf die Höhe der Sozialhilfeausgaben aus. Dabei fallen vor allem Heizkosten ins Gewicht, die aufgrund gestiegener Preise und der mehrstufig erhöhten Ökosteuer in der Sozialhilfe kostensteigernd wirken.

Neben den laufenden sind einmalige Leistungen zu gewähren z. B. für die Beschaffung von Brennstoffen für Einzelheizungen, für die Beschaffung von Gebrauchsgütern von längerer Gebrauchsdauer und von höherem Anschaffungswert, für die Be-

schaffung und Instandsetzung von Bekleidung wie auch für besondere Anlässe (z. B. Weihnachtsbeihilfe).

Tabelle 14 spiegelt die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben wider. Die Gesamtausgaben werden unterteilt nach laufenden und einmaligen Leistungen.

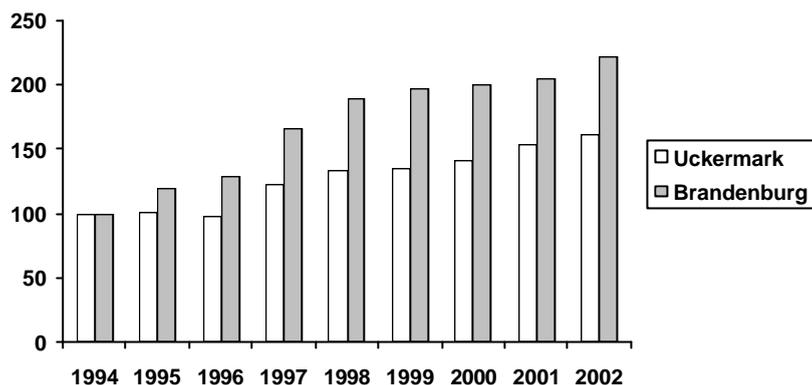
Die Ausgaben werden hier als Bruttoausgaben ausgewiesen, erzielte Einnahmen des Sozialhilfeträgers (z. B. Erstattungen von anderen, vorrangig verpflichteten Sozialleistungsträgern) sind nicht berücksichtigt.

**Tabelle 14:**  
**Entwicklung der Bruttoausgaben Hilfe zum Lebensunterhalt a. E.**  
**im Land Brandenburg und im Landkreis Uckermark**

	Landkreis Uckermark				Land Brandenburg			
	Lfd. Leist. in €	Einmalige Leist. in €	Gesamt in €	Index %	Lfd. Leist. in €	Einmalige Leist. in €	Gesamt in €	Index %
<b>1994</b>	7.471.886	1.527.611	8.999.497	100,0	72.233.537	16.177.848	88.411.385	100,0
<b>1995</b>	7.490.194	1.592.548	9.082.742	100,9	86.013.834	19.271.738	105.285.572	119,1
<b>1996</b>	7.273.031	1.581.650	8.854.681	98,4	96.242.804	18.237.050	114.479.854	129,5
<b>1997</b>	9.009.814	1.987.875	10.997.689	122,2	123.666.586	23.747.771	147.414.357	166,7
<b>1998</b>	10.260.024	1.822.589	12.082.613	134,3	143.843.245	24.182.186	168.025.431	190,0
<b>1999</b>	10.367.286	1.852.463	12.219.749	135,8	149.996.275	23.777.553	173.773.828	196,6
<b>2000</b>	10.752.172	1.922.141	12.674.313	140,8	152.467.364	24.247.950	176.715.314	199,9
<b>2001</b>	11.513.162	2.320.636	13.833.798	153,7	155.978.934	24.968.556	180.947.490	204,7
<b>2002</b>	12.198.663	2.374.412	14.573.075	161,9	167.880.367	27.870.095	195.750.462	221,4

Der Anstieg der Sozialhilfeausgaben im Betrachtungszeitraum erfolgte im Landkreis Uckermark über den Gesamtzeitraum mit etwas geringerer Dynamik als im Land Brandenburg insgesamt (siehe Darstellung 9).

**Darstellung 9:**  
**Index der Bruttoausgaben Hilfe zum Lebensunterhalt a. E.**  
**im Landkreis Uckermark und im Land Brandenburg**  
(vgl. Tabelle 14)



Es darf hierbei nicht übersehen werden, dass trotz des geringeren Kostenanstiegs die Kostenbelastung im Landkreis Uckermark deutlich über dem Landesdurchschnitt liegt. Eine Umrechnung der Kosten der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt a. E. pro Einwohner spiegelt diese hohe Kostenbelastung für den Landkreis Uckermark wider (Tabelle 15).

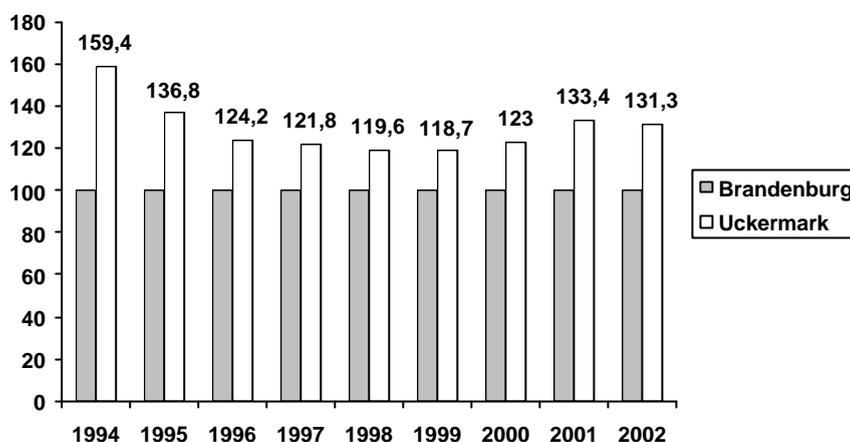
**Tabelle 15:**  
**Bruttoausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt a. E. je Einwohner**

	Landkreis Uckermark				Land Brandenburg			
	Lfd.Leist. in €	Einm.Leist. in €	Gesamt in €	Index %	Lfd.Leist. in €	Einm.Leist. in €	Gesamt in €	Index %
<b>1994</b>	46,12	9,43	55,55	100,0	28,47	6,38	34,85	100,0
<b>1995</b>	46,72	9,93	56,65	101,9	33,84	7,58	41,42	118,9
<b>1996</b>	45,74	9,94	55,68	100,2	37,68	7,14	44,82	128,6
<b>1997</b>	57,15	12,61	69,78	125,6	48,06	9,22	57,28	164,4
<b>1998</b>	65,89	11,70	77,59	139,7	55,53	9,34	64,87	186,1
<b>1999</b>	67,28	12,02	79,30	142,8	57,66	9,14	66,80	191,7
<b>2000</b>	70,86	12,67	83,53	150,4	58,60	9,32	67,92	194,9
<b>2001</b>	77,47	15,62	93,09	167,6	60,15	9,63	69,78	200,2
<b>2002</b>	83,30	16,21	99,51	179,1	65,01	10,79	75,80	217,5

Darstellung 10 verdeutlicht die Entwicklung im Verhältnis der Sozialhilfeausgaben pro Einwohner zwischen dem Landkreis Uckermark und dem Land Brandenburg. Bei insgesamt steigenden Kosten ist die Differenz in der Kostenhöhe zwischen dem Landkreis Uckermark und dem Land Brandenburg bis 1999 geringer geworden. Nach einem Anstieg 2000 und 2001 ist 2002 wieder eine leichte Verringerung des Abstandes zu verzeichnen.

Die Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt a. E. lagen im Landkreis Uckermark damit pro Einwohner 31,3 % (im Jahr 2001) über dem Landesdurchschnitt, was in erster Linie auf die hohe Hilfeempfängerzahl bzw. die hohe Sozialhilfequote zurückzuführen ist (Darstellung 10).

**Darstellung 10:**  
**Höhe der Bruttoausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt a. E. je Einwohner im**  
**Landkreis Uckermark im Vergleich zum Land Brandenburg**  
**(Land Brandenburg = 100)**



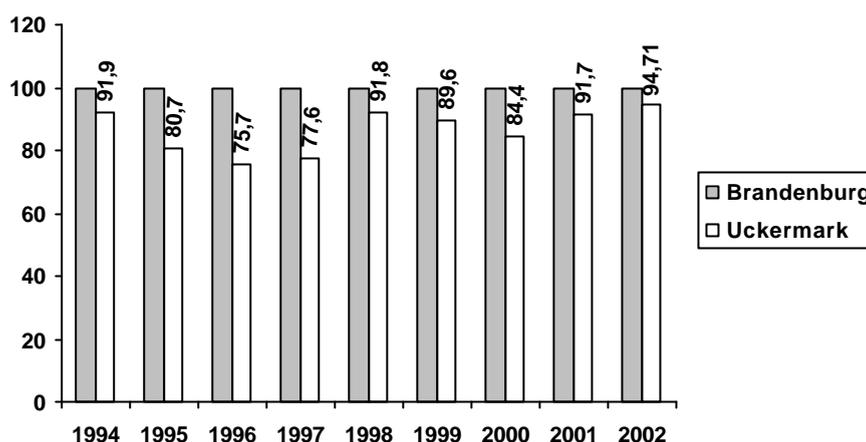
Ein anderes Bild ergibt sich bei Betrachtung der Bruttoausgaben je Hilfeempfänger. Tabelle 16 weist aus, dass die Ausgaben je Hilfeempfänger sowohl im Land insgesamt wie auch im Landkreis Uckermark seit 1994 angewachsen sind.

**Tabelle 16:**  
**Bruttoausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt a.E. je Hilfeempfänger**

	Landkreis Uckermark				Land Brandenburg		
	Laufende Leistungen in €	Einmalige Leistungen in €	Gesamt in €	Anteil LK i. Vergleich z. Land in %	Laufende Leistungen in €	Einmalige Leist. in €	Gesamt in €
<b>1994</b>	1.693,92	346,32	2.040,24	91,85	1.814,91	406,48	2.221,39
<b>1995</b>	1.613,57	343,07	1.956,64	80,65	1.981,93	444,06	2.425,99
<b>1996</b>	1.614,79	351,17	1.965,96	75,73	2.182,38	413,54	2.595,92
<b>1997</b>	1.696,12	374,22	2.070,34	77,57	2.239,12	429,98	2.669,10
<b>1998</b>	2.264,41	402,25	2.666,66	91,84	2.485,80	417,90	2.903,70
<b>1999</b>	2.291,11	409,38	2.700,49	89,58	2.602,11	412,49	3.014,60
<b>2000</b>	2.176,99	389,18	2.566,17	84,36	2.624,45	417,38	3.041,83
<b>2001</b>	2.095,59	422,39	2.517,98	91,65	2.368,30	379,11	2.747,41
<b>2002</b>	2.178,72	424,08	2.602,80	94,71	2.356,98	391,28	2.748,26

In jedem Jahr lag die Ausgabenhöhe je Hilfeempfänger im Landkreis Uckermark allerdings unter den Landeswerten. Wie aus Darstellung 11 hervorgeht, lagen die Ausgaben pro Hilfeempfänger im Landkreis Uckermark in den einzelnen Jahren zwischen 75,7 % und 94,71 % der Ausgaben im Landesdurchschnitt.

**Darstellung 11:**  
**Vergleich der Bruttoausgaben je Hilfeempfänger im Land Brandenburg und**  
**im Landkreis Uckermark (Land Bbg. = 100)**



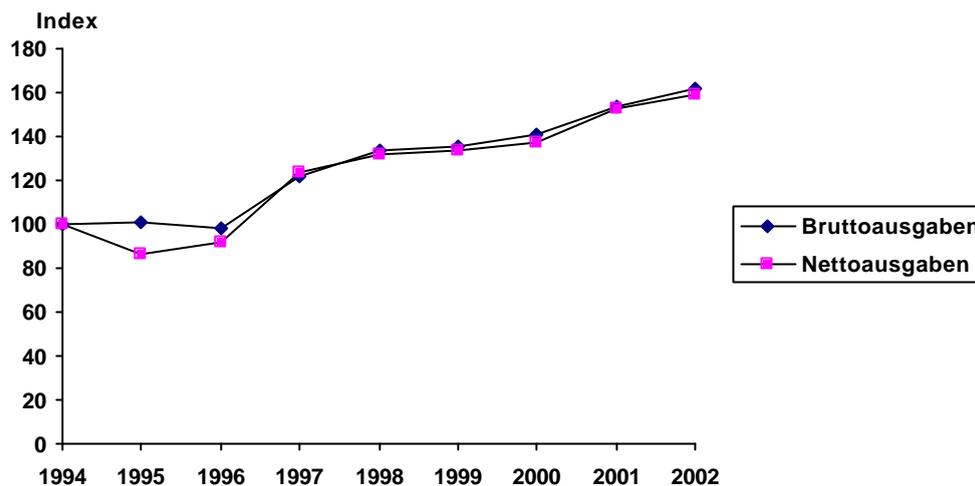
Bei Betrachtung der Nettoausgaben, also unter Berücksichtigung der Einnahmen des Sozialhilfeträgers (z. B. Erstattungsleistungen anderer Sozialleistungsträger, übergeleitete Unterhaltsleistungen, Kosten- und Aufwendungsersatz) ergibt sich für den Landkreis die in Tabelle 17 dargestellte Entwicklung. Danach sind die Nettoausgaben zwischen 1994 und 2002 auf 159,5 % gestiegen. Besonders groß war der Anstieg im Jahr 2001. Werte für das Land Brandenburg waren nicht ermittelbar.

**Tabelle 17:**  
**Entwicklung der Nettoausgaben Hilfe zum Lebensunterhalt a. E.**  
**im Landkreis Uckermark**

	<b>Bruttoausgaben</b>	<b>Einnahmen</b>	<b>Nettoausgaben</b>	<b>Index der Nettoausgaben</b>
	<b>in €</b>	<b>in €</b>	<b>in €</b>	<b>in %</b>
<b>1994</b>	8.999.497	1.093.465	7.906.032	100,0
<b>1995</b>	9.082.742	2.174.191	6.908.551	87,4
<b>1996</b>	8.854.682	1.546.898	7.307.784	92,4
<b>1997</b>	10.997.689	1.127.325	9.870.364	124,8
<b>1998</b>	12.082.613	1.578.328	10.504.285	132,9
<b>1999</b>	12.219.749	1.610.982	10.608.768	134,2
<b>2000</b>	12.674.313	1.817.901	10.856.412	137,3
<b>2001</b>	13.833.798	1.792.307	12.041.491	152,3
<b>2002</b>	14.573.075	1.961.014	12.612.061	159,5

Darstellung 12 vergleicht die Entwicklung der Indizes in der Entwicklung der Brutto- und Nettoausgaben. Es wird deutlich, dass es gelungen ist, die Entwicklung der Nettoausgaben überwiegend unterhalb der Entwicklung der Bruttoausgaben zu halten.

**Darstellung 12:**  
**Vergleich des Index der Entwicklung der Brutto- und Nettoausgaben**  
**HzL a. E. im Landkreis Uckermark**  
(vgl. Tabelle 14, 17)



### 3.3.2 Gemeindebezogene Ausgaben

Im Folgenden wird erstmals versucht darzustellen, wie hoch die Ausgabenanteile an der HzL a. E. sind, die auf die einzelnen Städte und Gemeinden des Landkreises Uckermark entfallen. Die Ausgaben beruhen ausschließlich auf gesonderten internen Ermittlungen des Landkreises und sind in dieser Form nicht der Bundessozialhilfestatistik zu entnehmen. Grundlage waren die regelmäßig erhobenen Arbeitsstatistiken wie z. B. monatliche Erfassungen von Fallzahlen und Hilfeempängerzahlen sowie die Ergebnisse der Jahresrechnung 2002. Die Ermittlung ist vergleichsweise aufwändig und deshalb nur für das Jahr 2002 vorliegend. Zugleich konnte aus Gründen der Praktikabilität nur eine Konzentration auf die Bruttoausgaben der laufenden HzL a. E. erfolgen.

Zu beachten ist ferner, dass nur die beiden Ausgabebestandteile „laufende HzL“ und „einmalige Leistungen an laufende Hilfeempänger“ berücksichtigt werden konnten, nicht aber der dritte Hauptbestandteil „Hilfe zur Arbeit“. Eine Zuordnung dieser Ausgaben war gemeindebezogen mit vertretbarem Aufwand nicht leistbar.

In Tabelle 18 werden zunächst die durchschnittlichen Fallkosten (bezogen auf laufende HzL und einmalige Beihilfen an lfd. Hilfeempänger) ermittelt. Dies erfolgt getrennt jeweils für die Fälle in Bearbeitung der drei Delegationsnehmer in ihrem Verantwortungsbereich, für die Fälle, die vom Kreissozialamt bearbeitet werden und als Gesamtdurchschnitt für den Landkreis. Tabelle 18 weist aus, dass im Durchschnitt des Landkreises 4.042,47 € je Fall im Jahre 2002 aufgewendet wurden.

Es wird zugleich eine relativ hohe Schwankungsbreite von 3.676,73 € (eigene Bearbeitung Kreissozialamt) bis zu 4.616,86 € (im Amt Gartz (Oder) bearbeitet) deutlich.

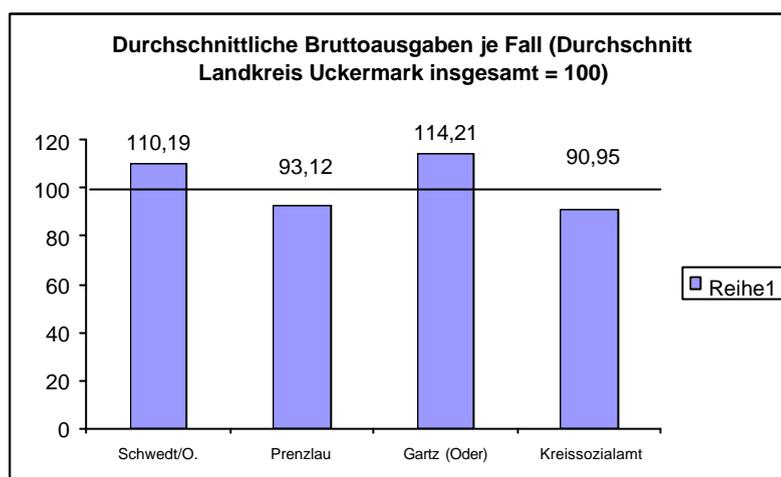
**Tabelle 18:**  
**Ermittlung der durchschnittlichen Kosten je Fall (Bruttoausgaben für lfd. HzL u. einmalige Leist. an lfd. Hilfeempfänger a. E.)**

	Landkreis Uckermark gesamt	Delegationsnehmer			Städte und Gemeinden, in denen die Sozialhilfegewährung durch das Kreissozialamt erfolgt
		Stadt Schwedt/O.	Stadt Prenzlau	Amt Gartz (Oder)	
Ausgaben lfd. HzL a. E.	9.673.816 €	4.406.374 €	1.896.598 €	360.288 €	3.010.556 €
Ausgaben einmalige Leist. an lfd. HE a. E.	2.029.129 €	845.123 €	452.425 €	69.080 €	662.501 €
<b>Summe</b>	<b>11.702.945 €</b>	<b>5.251.497 €</b>	<b>2.349.023 €</b>	<b>429.368 €</b>	<b>3.673.057 €</b>
Fallzahl im Jahresdurchschnitt	2.895	1.179	624	93	989 10*
<b>durchschnittliche Kosten je Fall</b>	<b>4.042,47 €</b>	<b>4.454,20 €</b>	<b>3.764,46 €</b>	<b>4.616,86 €</b>	<b>3.676,73 €</b>
darunter HzL	3.341,56 €	3.737,38 €	3.039,42 €	3.874,06 €	3.013,57 €
einmalige Leistungen	700,91 €	717,12 €	725,04 €	742,80 €	663,16 €

\* Fälle, die vom Kreissozialamt bearbeitet wurden, dem Zuständigkeitsbereich nach aber eigentlich der Stadt Prenzlau gehören (Betreutes Wohnen und Frauenhaus)

Dies verdeutlicht Darstellung 13, aus der hervorgeht, dass zwischen den niedrigsten Ausgaben je Fall (3.676,73 € = 90,95 % des Kreisdurchschnitts) und dem höchsten Wert (4.616,86 € = 114,21 %) ein Abstand von 23,26 Prozent-Punkten liegt.

**Darstellung 13:**  
**Durchschnittliche Bruttoausgaben je Fall**  
**(Durchschnitt Landkreis Uckermark insgesamt = 100)**



Im folgenden Schritt wurden diese ermittelten Durchschnittsfallkosten mit den durchschnittlichen Jahresfallzahlen multipliziert, so dass sich daraus die Kosten bezogen auf die Hilfeempfänger, die in der jeweiligen Stadt bzw. der jeweiligen Gemeinde leben, errechnen.

Für die Bereiche der Delegationsnehmer Schwedt/O. und Prenzlau ist dies problemlos möglich. Für die Städte und Gemeinden, für die die Sozialhilfe-Bearbeitung durch das Kreissozialamt erfolgt, ergibt sich eine gewisse Unschärfe, da lediglich mit *einem* Wert für die Durchschnittsfallkosten für alle Orte gerechnet wird. Bei kleinen Gemeinden mit nur geringer Fallzahl kann die Abweichung der tatsächlichen Kosten vom Durchschnitt durchaus deutlich sein; je mehr Fälle allerdings in der Gemeinde angesiedelt sind, umso mehr werden derartige Abweichungen ausgeglichen. Für das Amt Gartz (Oder) war lediglich eine Gesamterfassung ohne Aufteilung auf die amtsangehörigen Gemeinden möglich. Für die Gesamtheit aller Städte und Gemeinden ist das Ergebnis exakt.

In Tabelle 19 sind die Ergebnisse zusammengefasst. Es wird deutlich, dass ca. zwei Drittel aller Ausgaben auf die beiden größeren Städte des Landkreises, Schwedt/O. und Prenzlau, entfallen; ca. 80 % der Ausgaben sind für Sozialhilfeempfänger aufzubringen, die im Bereich der ehemaligen Kreisstädte und der ehemals kreisfreien Stadt Schwedt/O. wohnen.

**Tabelle 19: Verteilung der Bruttoausgaben der HzL a. E. (lfd. HzL u. einmalige Leistungen) auf die Städte, amtsfreien und amtsangehörigen Gemeinden im LK Uckermark im Jahr 2002**

Stadt/amtsfreie Gemeinde/Amt	Anzahl der Fälle (BG) (Jahresdurchschnitt)	Ø Kosten je Fall in €	Ausgezahlte HzL gesamt (in €)	%-Anteil an der Gesamtausgabe
<b>Angermünde</b>	<b>213</b>	<b>3.676,73</b>	<b>783.143,49</b>	<b>6,69</b>
<b>Templin</b>	<b>246</b>	<b>3.676,73</b>	<b>904.475,58</b>	<b>7,73</b>
<b>Schwedt/O.</b>	<b>1.179</b>	<b>4.454,20</b>	<b>5.251.501,80</b>	<b>44,87</b>
<b>Prenzlau</b>	<b>624</b>	<b>3.764,46</b>	<b>2.349.023,04</b>	
	<b>10 *</b>	<b>3.676,73</b>	<b>36.767,30</b>	<b>20,39</b>
<b>Lychen</b>	<b>52</b>	<b>3.676,73</b>	<b>191.189,96</b>	<b>1,63</b>
<b>Amt Angerm.-Land</b>	<b>37</b>	<b>3.676,73</b>	<b>136.039,01</b>	<b>1,16</b>
	Biesenbrow	1	3.676,73	
	Bölkendorf	3	11.030,19	
	Bruchhagen	1	3.676,73	
	Crussow	5	18.383,65	
	Frauenhagen	1	3.676,73	
	Gellmersdorf	1	3.676,73	
	Görlsdorf	1	3.676,73	
	Greiffenberg	4	14.706,92	
	Günterberg	3	11.030,19	
	Herzprung	2	7.353,46	
	Kerkow	2	7.353,46	
	Mürow	3	11.030,19	
	Schmargendorf	2	7.353,46	
	Schmiedeberg	1	3.676,73	
	Steinhöfel	2	7.353,46	
	Stolpe	1	3.676,73	
	Wilmersdorf	3	11.030,19	
	Wolletz	1	3.676,73	

\* Fälle, die vom Kreissozialamt bearbeitet wurden, dem Zuständigkeitsbereich nach aber eigentlich der Stadt Prenzlau gehören (Betreutes Wohnen und Frauenhaus)

Stadt/amtsfreie Gemeinde/Amt		Anzahl der Fälle (BG) (Jahresdurchschnitt)	Ø Kosten je Fall in €	Ausgezahlte HzL gesamt	%-Anteil an der Gesamtausgabe
<b>Amt Gartz/O.</b>	<b>* keine separate Gemeindeaufteilung</b>	<b>93</b>	<b>4.616,86</b>	<b>429.367,98</b>	<b>3,67</b>
<b>Amt Brüssow</b>		<b>87</b>	<b>3.676,73</b>	<b>319.875,51</b>	<b>2,73</b>
	Brüssow	32		117.655,36	
	Carmzow-Wallmow	11		40.444,03	
	Schenkenberg	12		44.120,76	
	Schönfeld	17		62.504,41	
	Göritz	15		55.150,95	
<b>Amt Gerswalde</b>		<b>69</b>	<b>3.676,73</b>	<b>253.694,37</b>	<b>2,17</b>
	Flieth-Stegelitz	8		29.413,84	
	Friedenfelde	2		7.353,46	
	Gerswalde	12		44.120,76	
	Groß Fredenwalde	2		7.353,46	
	Kaakstedt	2		7.353,46	
	Milmersdorf	29		106.625,17	
	Mittenwalde	8		29.413,84	
	Temmen-Ringenwalde	6		22.060,38	
<b>Amt Gramzow</b>		<b>59</b>	<b>3.676,73</b>	<b>216.927,07</b>	<b>1,85</b>
	Randowtal	11		40.444,03	
	Oberuckersee	14		51.474,22	
	Gramzow	19		69.857,87	
	Grünow	7		25.737,11	
	Uckerfelde	6		22.060,38	
	Zichow	2		7.353,46	

Stadt/amtsfreie Gemeinde/Amt		Anzahl der Fälle (BG) (Jahresdurchschnitt)	Ø Kosten je Fall in €	Ausgezahlte HzL gesamt (in €)	%-Anteil an der Gesamtausgabe
<b>Amt Oder-Welse</b>		<b>57</b>	<b>3.676,73</b>	<b>209.573,61</b>	<b>1,79</b>
	Mark Landin	11		40.444,03	
	Welsebruch	12		44.120,76	
	Pinnow	9		33.090,57	
	Schöneberg	22		80.888,06	
	Schönnow	3		11.030,19	
<b>Amt Templin-Land</b>		<b>27</b>	<b>3.676,73</b>	<b>99.271,71</b>	<b>0,85</b>
	Beutel	1		3.676,73	
	Densow	1		3.676,73	
	Groß Dölln	1		3.676,73	
	Grunewald	1		3.676,73	
	Hammelspring	3		11.030,19	
	Herzfelde	5		18.383,65	
	Klosterwalde	5		18.383,65	
	Petznick	2		7.353,46	
	Storkow	4		14.706,92	
	Röddelin	3		11.030,19	
	Vietmannsdorf	1		3.676,73	
<b>Boitzenburger Land</b>		<b>52</b>	<b>3.676,73</b>	<b>191.189,96</b>	<b>1,63</b>
<b>Uckerland</b>		<b>49</b>	<b>3.676,73</b>	<b>180.159,77</b>	<b>1,54</b>
<b>Nordwestuckermark</b>		<b>41</b>	<b>3.676,73</b>	<b>150.745,93</b>	<b>1,29</b>

Nicht aufgeführte Gemeinden haben keine Bedarfsgemeinschaften HzL zu verzeichnen.

## 4. Hilfe in besonderen Lebenslagen

### 4.1 Grundsätze

Hilfe in besonderen Lebenslagen wird Personen gewährt, die in einer besonderen Lebenssituation, wie Pflegebedürftigkeit, hohes Alter, Krankheit, Behinderung oder bei besonderen sozialen Schwierigkeiten, Unterstützung benötigen. Diese Hilfe erhalten auch Personen, die für ihren Lebensunterhalt noch selbst sorgen können, aber wegen besonderer Bedarfssituationen auf die Hilfe der Allgemeinheit angewiesen sind. Entscheidend ist allein, dass dem Hilfesuchenden aufgrund seiner Einkommens- und Vermögensverhältnisse die Aufbringung der Mittel nicht zuzumuten ist. Das Einkommen ist im Rahmen bestimmter Einkommensgrenzen einzusetzen. Das Einkommen unterhalb der im Einzelfall anzuwendenden Einkommensgrenze bleibt in der Regel anrechnungsfrei. Das die Einkommensgrenze übersteigende Einkommen ist in angemessenem Umfang einzusetzen.

Besondere Bedeutung für die Hilfe in besonderen Lebenslagen hat die generelle Festlegung im Bundessozialhilfegesetz, dass die offene Hilfe Vorrang gegenüber der stationären Hilfe hat. Die erforderliche Hilfe ist daher soweit wie möglich außerhalb von Heimen zu gewähren (Grundsatz ambulant vor stationär). Dies gilt nur dann nicht, wenn eine geeignete stationäre Hilfe zumutbar und eine ambulante Hilfe mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden ist.

Im Folgenden wird bei Betrachtung der einzelnen Hilfearten deshalb dort, wo es die Bundessozialhilfestatistik ermöglicht, eine Unterteilung in Hilfen, die außerhalb von stationären und teilstationären Einrichtungen ambulant erbracht werden (Hilfen a. E.) und Hilfen, die in einer stationären bzw. teilstationären Einrichtung erbracht werden (Hilfen i. E.), vorgenommen.

Die Gewährung von Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe und Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten ist dem Landkreis Uckermark als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung übertragen, wenn es erforderlich ist, diese Hilfen in Einrichtungen zu gewähren. Für alle anderen Hilfen in besonderen Lebenslagen ist er originär sachlich zuständig.

Wird die Hilfe in einer Einrichtung gewährt, umfasst die Hilfe in besonderen Lebenslagen auch den in der Einrichtung gewährten Lebensunterhalt.

Hilfe in besonderen Lebenslagen umfasst entsprechend eines Kataloges in § 27 Abs. 1 BSHG

1. Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage,
2. Hilfe bei Krankheit, vorbeugende und sonstige Hilfe,
3. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen,
4. Blindenhilfe,
5. Hilfe zur Pflege,
6. Hilfe zur Weiterführung des Haushalts,
7. Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten,
8. Altenhilfe.

Dieser Katalog ist allerdings nicht abschließend, da Hilfe in besonderen Lebenslagen auch in anderen besonderen Lebenslagen gewährt werden kann.

Im Folgenden werden nähere Aussagen nur zu den Hilfearten

- Hilfe zur Pflege
- Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
- Krankenhilfe

getroffen. Diese Hilfearten stehen sowohl von der Zahl der Personen, die auf die Hilfe angewiesen sind, als auch von den Sozialhilfeausgaben deutlich im Vordergrund. Mit der im Folgenden vorgenommenen Datenzusammenstellung wird die Grenze der für diesen Bericht gebotenen Übersichtlichkeit erreicht. Detailliertere Erfassungen und Auswertungen bleiben der unmittelbaren fachlichen Arbeit vorbehalten.

Die Angaben der Bundessozialhilfestatistik für die Hilfe in besonderen Lebenslagen sind in der heutigen Systematik erst ab 1995 verfügbar.

## **4.2 Ergebnisse der Bundessozialhilfestatistik für den Landkreis Uckermark**

### **4.2.1 Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen**

#### **4.2.1.1 Empfängerzahl**

Die Angaben zur Hilfeempfängerzahl in der Hilfe in besonderen Lebenslagen werden in der Bundessozialhilfestatistik in zweifacher Weise erfasst, nämlich zum einen in Form aller Hilfeempfänger, die im Verlaufe des Jahres Hilfen bezogen, und zum anderen in Form einer Stichtagserfassung derer, die zum Jahresende im Hilfebezug waren. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Hilfen in besonderen Lebenslagen in einer Reihe von Fällen nur für einen kurzen bzw. begrenzten Zeitraum erbracht (z. B. für die Dauer der Krankheit, bis zur Einschulung usw.) bzw. auch mehrfach in Anspruch genommen werden. Demzufolge liegt die Zahl der Hilfeempfänger im Laufe des Berichtsjahres in der Regel über der Zahl der Hilfeempfänger am Jahresende. Der Einfluss von Zufälligkeiten ist bei der Stichtagserfassung am Jahresende naturgemäß größer als bei der Erhebung über das gesamte Berichtsjahr. Deshalb wird im Folgenden bei detaillierteren Betrachtungen im Interesse einer besseren Übersichtlichkeit das Schwergewicht auf die Ergebnisse im Laufe des Berichtsjahres gelegt. Wenn nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben auf Hilfeempfänger im Laufe des Berichtsjahres.

Tabelle 20 weist die entsprechenden Hilfeempfängerzahlen und deren Anteil an der Gesamtbevölkerung im Landkreis Uckermark sowie im Land Brandenburg insgesamt aus. Es wird deutlich, dass der Hilfeempfängeranteil an der Gesamtbevölkerung im Landkreis Uckermark kontinuierlich über den Werten des Landes liegt. Beide Kurven (Darstellung 14) haben allerdings einen nahezu parallelen Verlauf.

**Tabelle 20:**  
**Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen**  
**a. E. und i. E.**

	Landkreis Uckermark				Land Brandenburg			
	Im Laufe des Berichtsjahres		Am Jahresende		Im Laufe des Berichtsjahres		Am Jahresende	
	absolut	% d. Bev.	absolut	% d. Bev.	absolut	% d. Bev.	absolut	% d. Bev.
<b>1995</b>	2.682	1,67	1.453	0,91	39.448	1,56	25.140	0,99
<b>1996</b>	2.236	1,41	1.273	0,80	32.996	1,29	22.074	0,86
<b>1997</b>	2.031	1,29	1.247	0,79	30.300	1,18	21.859	0,85
<b>1998</b>	2.049	1,32	1.307	0,84	30.813	1,19	21.530	0,83
<b>1999</b>	2.139	1,39	1.311	0,85	31.576	1,21	23.655	0,91
<b>2000</b>	2.243	1,48	1.350	0,89	34.007	1,31	25.108	0,96
<b>2001</b>	2.513	1,69	1.417	0,95	37.290	1,44	28.094	1,08
<b>2002</b>	2.578	1,77	1.486	1,02	39.708	1,54	29.555	1,14

**Darstellung 14:**  
**Vergleich der Empfängerquote Hilfe in besonderen Lebenslagen**  
**zwischen dem LK UM und dem Land**  
**Brandenburg insgesamt**  
 (vgl. Tabelle 20)

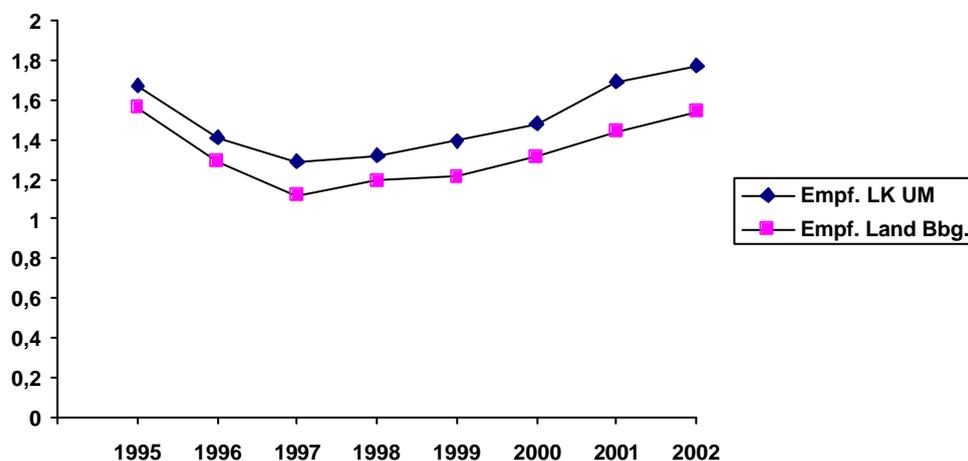


Tabelle 21 liefert Anhaltspunkte dafür, wie sich die Zahl der Hilfeempfänger nach der Art der Hilfe – stationär/teilstationär (i. E.) bzw. ambulant (a. E.) – entwickelt. Zu beachten ist dabei, dass zahlreiche Personen, die in der Gesamtzahl der Hilfeempfänger nur einmal erfasst werden, sowohl Hilfe i. E. als auch a. E. erhalten. Sie werden dann sowohl als Empfänger von HbL a. E. wie auch Empfänger von HbL i. E. erfasst, so dass die Summe beider Prozentanteile 100 % überschreitet. Trotz dieser Unschärfe wird aus Tabelle 21 ersichtlich, dass sowohl die absolute Zahl wie auch der prozentuale Anteil der Personen, die Hilfe a. E. erhalten, gleichermaßen im Landkreis Uckermark wie auch im Land insgesamt angewachsen ist.

Diese Veränderung weist im Landkreis Uckermark eine höhere Dynamik aus, was auf verstärkte Bemühungen zur Umsetzung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ hindeutet.

**Tabelle 21:**  
**Verhältnis der Hilfeempfänger bei HbL i. E. und a. E.**

	Landkreis Uckermark					Land Brandenburg				
	Hilfeempfänger gesamt	Empfänger i. E.	Anteil in %	Empfänger a. E.	Anteil in %	Hilfeempfänger gesamt	Empfänger i. E.	Anteil in %	Empfänger a. E.	Anteil in %
<b>1995</b>	2.682	1.820	67,86	908	33,86	39.448	25.571	64,82	14.181	35,95
<b>1996</b>	2.236	1.620	72,45	686	30,70	32.996	22.795	69,08	10.723	32,50
<b>1997</b>	2.031	1.356	66,77	780	38,40	30.300	18.405	60,74	12.496	41,24
<b>1998</b>	2.049	1.331	64,96	808	39,43	30.813	16.980	55,11	14.501	47,06
<b>1999</b>	2.139	1.294	60,50	935	43,71	31.576	17.256	54,65	14.997	47,49
<b>2000</b>	2.243	1.320	58,84	1.019	45,43	34.007	18.253	53,67	16.521	48,58
<b>2001</b>	2.513	1.324	52,69	1.321	52,57	37.290	19.651	52,70	18.695	50,12
<b>2002</b>	2.578	1.329	51,55	1.438	55,78	*	*	*	*	*

\* Es liegen noch keine Werte vor.

#### 4.2.1.2 Geschlechterverhältnis

Aus Tabelle 22 und 23 wird deutlich, dass im Landkreis Uckermark seit 1996 kontinuierlich die Anzahl männlicher Hilfeempfänger bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen über der weiblichen Hilfeempfänger liegt. Für das Land ist dies in gleicher Weise seit 1997 festzustellen.

**Tabelle 22:**  
**Hilfeempfänger Hilfe in besonderen Lebenslagen a. E. und i. E. nach Geschlecht**

	Landkreis Uckermark				Land Brandenburg			
	Im Berichtsjahr		Am Jahresende		Im Berichtsjahr		Am Jahresende	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
<b>1995</b>	1.198	1.484	723	730	17.032	22.416	11.420	13.720
<b>1996</b>	1.166	1.070	693	580	15.581	17.415	10.871	11.203
<b>1997</b>	1.092	939	659	588	15.771	14.529	11.253	10.606
<b>1998</b>	1.099	950	703	604	16.622	14.191	11.541	9.989
<b>1999</b>	1.128	1.011	715	596	17.153	14.423	12.733	10.922
<b>2000</b>	1.185	1.058	736	614	18.548	15.459	13.609	11.499
<b>2001</b>	1.322	1.191	799	618	20.451	16.839	15.572	12.522
<b>2002</b>	1.321	1.257	814	603	*	*	16.416	13.139

\* Es liegen noch keine Werte vor.

**Tabelle 23:**  
**Prozentuales Verhältnis männlicher und weiblicher Hilfeempfänger  
bei Hilfe in besonderen Lebenslagen a. E. und i. E.**

	Landkreis Uckermark			Land Brandenburg		
	männlich	weiblich	Differenz %-Punkte	männlich	weiblich	Differenz %-Punkte
1995	44,67	55,33	- 10,66	43,18	56,82	-13,64
1996	52,15	47,85	4,30	47,22	52,78	- 5,56
1997	53,77	46,23	7,54	52,05	47,95	4,10
1998	53,64	46,36	7,28	53,94	46,06	7,88
1999	52,73	47,27	5,46	54,32	45,68	8,64
2000	52,83	47,17	5,66	54,54	45,46	9,08
2001	52,61	47,39	5,55	54,84	45,16	9,68
2002	51,24	48,76	2,48	*	*	*

\* Es liegen noch keine Werte vor.

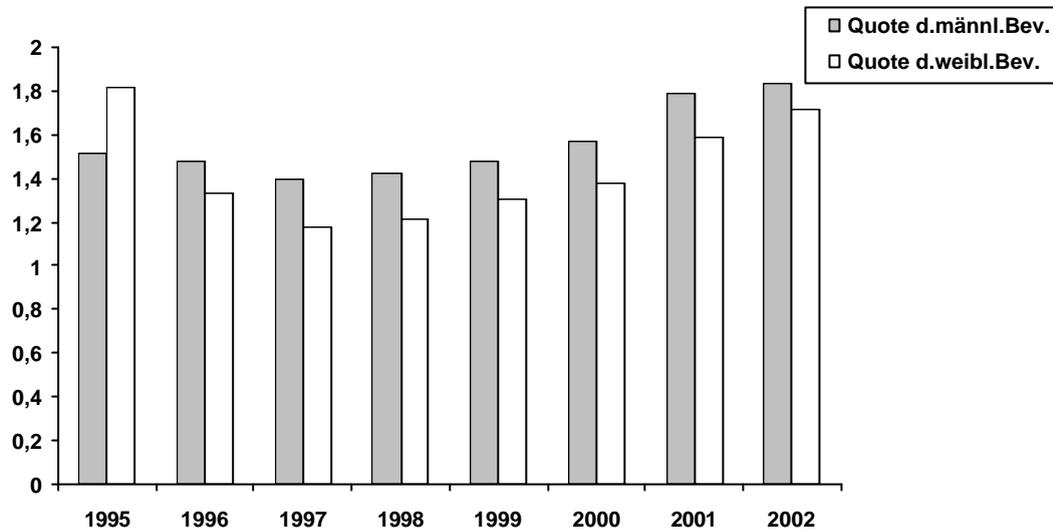
Wird die Hilfeempfängerquote getrennt für die männliche und weibliche Bevölkerungsgruppe berechnet, wird der höhere Bedarf zur Inanspruchnahme von Hilfen in besonderen Lebenslagen bei der männlichen Bevölkerung noch deutlicher (Tabelle 24, Darstellung 15).

**Tabelle 24:**  
**Vergleich der Quote der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen  
der männlichen und weiblichen Bevölkerung**

	Landkreis Uckermark			Land Brandenburg		
	männlich	weiblich	Differenz %-Punkte	männlich	weiblich	Differenz %-Punkte
1995	1,51	1,82	- 0,31	1,36	1,73	- 0,37
1996	1,48	1,33	0,15	1,35	1,73	- 0,38
1997	1,40	1,18	0,22	1,24	1,11	0,13
1998	1,42	1,21	0,21	1,54	1,28	0,26
1999	1,48	1,30	0,18	1,34	1,09	0,25
2000	1,57	1,38	0,19	1,45	1,17	0,28
2001	1,79	1,59	0,20	1,60	1,28	0,32
2002	1,83	1,72	0,11	*	*	*

\* Es liegen noch keine Werte vor.

**Darstellung 15:**  
**Vergleich der Quote der Empfänger von Hilfen in besonderen Lebenslagen**  
**der männl. und weibl. Bevölkerung im LK UM**  
 (vgl. Tabelle 24)



#### 4.2.1.3 Altersstruktur

Hinsichtlich der Altersstruktur (Tabelle 25) und des Durchschnittsalters der Hilfeempfänger (Tabelle 26) wird zum einen deutlich, dass im Landkreis Uckermark der Anteil jüngerer Hilfeempfänger größer ist als im Landesvergleich und zum anderen, dass infolgedessen das Durchschnittsalter der Hilfeempfänger im Landkreis Uckermark niedriger liegt als im Land insgesamt.

**Tabelle 25:**  
**Alterstruktur der Hilfeempfänger**  
**Hilfe in besonderen Lebenslagen i. E. und a. E.**

	Landkreis Uckermark						Land Brandenburg					
	0- unter 18	Anteil in %	18 – unter 65	Anteil in %	65 und älter	Anteil in %	0- unter 18	Anteil in %	18 – unter 65	Anteil in %	65 und älter	Anteil in %
<b>1995</b>	566	21,1	1.340	50,0	776	28,9	7.332	18,6	19.195	48,7	12.921	35,8
<b>1996</b>	624	27,9	1.060	47,4	552	24,7	7.359	22,3	15.048	45,6	10.589	32,1
<b>1997</b>	585	28,8	1.132	55,7	314	15,5	7.451	24,6	16.489	54,4	6.360	21,0
<b>1998</b>	536	26,2	1.207	58,9	306	14,9	7.828	25,4	17.524	56,9	5.461	17,7
<b>1999</b>	557	26,0	1.290	60,3	292	13,7	7.641	24,2	18.970	60,1	4.965	15,7
<b>2000</b>	585	26,1	1.357	60,5	301	13,4	8.130	23,9	20.564	60,5	5.313	15,6
<b>2001</b>	639	25,4	1.543	61,4	331	13,7	8.612	23,1	23.122	62,0	5.556	14,9
<b>2002</b>	617	23,9	1.596	61,9	365	12,8	*	*	*	*	*	*

\* Es liegen noch keine Werte vor.

**Tabelle 26:**  
**Durchschnittsalter der Empfänger von**  
**Hilfen in besonderen Lebenslagen i. E. und a. E.**

	Landkreis Uckermark		Land Brandenburg	
	Im Laufe des Berichtsjahres	Am Jahresende	Im Laufe des Berichtsjahres	Am Jahresende
<b>1995</b>	43,3 Jahre	46,5 Jahre	47,9 Jahre	49,7 Jahre
<b>1996</b>	41,1 Jahre	37,1 Jahre	47,2 Jahre	44,7 Jahre
<b>1997</b>	36,1 Jahre	37,8 Jahre	41,3 Jahre	43,3 Jahre
<b>1998</b>	36,4 Jahre	38,5 Jahre	39,5 Jahre	40,9 Jahre
<b>1999</b>	36,0 Jahre	38,6 Jahre	38,8 Jahre	40,6 Jahre
<b>2000</b>	35,8 Jahre	39,1 Jahre	38,7 Jahre	40,5 Jahre
<b>2001</b>	35,4 Jahre	39,0 Jahre	38,5 Jahre	39,8 Jahre
<b>2002</b>	36,5 Jahre	40,0 Jahre	*	*

\* Es liegen noch keine Werte vor.

## 4.2.2 Ausgewählte Hilfearten

### 4.2.2.1 Hilfe zur Pflege

Wer wegen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf fremde Hilfe angewiesen ist, hat Anspruch auf Hilfe zur Pflege. Diese wird gewährt, wenn der Pflegebedürftige die Pflegeleistungen weder selbst tragen kann noch sie von anderen, z. B. der Pflegeversicherung, erhält.

Seit 01.04.95 werden Leistungen bei häuslicher Pflege im Rahmen des Pflegeversicherungsgesetzes gewährt, seit 01.07.96 bei stationärer Pflege. Diese Leistungen gehen den entsprechenden Leistungen des Bundessozialhilfegesetzes vor und haben zu einer Entlastung der Sozialhilfe geführt. Dies ist sowohl bei Betrachtung der Personen, die Hilfe in Anspruch nehmen müssen, als auch bei den Ausgaben zu berücksichtigen.

**Tabelle 27:**  
**Anzahl der Empfänger von Hilfe zur Pflege a. E. und i. E.**

	Landkreis Uckermark				Land Brandenburg			
	Im Laufe des Berichtsjahres		Am Jahresende		Im Laufe des Berichtsjahres		Am Jahresende	
	absolut	% d. Bev.	absolut	% d. Bev.	absolut	% d. Bev.	absolut	% d. Bev.
<b>1995</b>	1.033	0,64	616	0,38	15.303	0,60	9.893	0,39
<b>1996</b>	647	0,41	312	0,20	12.402	0,49	6.992	0,27
<b>1997</b>	339	0,22	254	0,16	7.292	0,28	5.700	0,22
<b>1998</b>	322	0,21	258	0,17	5.459	0,21	4.030	0,16
<b>1999</b>	304	0,20	241	0,16	4.797	0,18	3.952	0,15
<b>2000</b>	276	0,18	237	0,16	4.897	0,19	3.953	0,15
<b>2001</b>	302	0,20	253	0,17	5.116	0,20	4.185	0,16
<b>2002</b>	363	0,25	289	0,20	*	*	4.212	0,16

\* Es liegen noch keine Werte vor.

#### 4.2.2.2 Eingliederungshilfe

Wer körperlich, geistig oder seelisch auf Dauer wesentlich behindert ist oder wem eine solche Behinderung droht, hat Anspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe, soweit die Hilfe nicht von einem vorrangig verpflichteten Leistungsträger, wie Krankenkasse, Rentenversicherung oder Arbeitsamt, gewährt wird.

Aufgabe der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ist es, eine drohende Behinderung zu verhüten oder eine vorhandene Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und die behinderten Menschen in die Gesellschaft einzugliedern.

Im modernen Sprachgebrauch des SGB IX werden die dazu zu erbringenden Hilfen als Leistungen zur Teilhabe bezeichnet.

Das Spektrum der zu gewährenden Hilfen ist naturgemäß sehr breit und in ständiger Weiterentwicklung.

Exemplarisch seien aufgeführt:

- heilpädagogische Maßnahmen für Kinder, die noch nicht zur Schule gehen (Frühförderung),
- Versorgung mit Körperersatzstücken sowie mit orthopädischen oder anderen Hilfsmitteln,
- betreutes Wohnen (Einzel-, Paarwohnen, ambulant betreute Wohngemeinschaft),
- Hilfe zu der im Einzelfall möglichen schulischen und beruflichen Ausbildung,
- Hilfe zur Erlangung eines Platzes im Arbeitsleben (z. B. Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen),
- Eingliederungshilfe in stationären Wohnstätten für behinderte Menschen oder Suchtkranke.

**Tabelle 28:**  
**Anzahl der Empfänger von Eingliederungshilfe a. E. und i. E.**

	Landkreis Uckermark				Land Brandenburg			
	Im Laufe des Berichtsjahres		Am Jahresende		Im Laufe des Berichtsjahres		Am Jahresende	
	absolut	% d. Bev.	absolut	% d. Bev.	absolut	% d. Bev.	absolut	% d. Bev.
<b>1995</b>	996	0,62	834	0,52	16.512	0,65	13.509	0,53
<b>1996</b>	1.168	0,73	941	0,59	15.741	0,62	12.504	0,50
<b>1997</b>	1.178	0,74	920	0,58	16.250	0,63	12.614	0,49
<b>1998</b>	1.189	0,76	962	0,61	17.196	0,66	13.373	0,52
<b>1999</b>	1.185	0,77	990	0,64	17.572	0,68	14.415	0,55
<b>2000</b>	1.244	0,82	1.041	0,67	19.256	0,74	15.556	0,60
<b>2001</b>	1.342	0,90	1.099	0,74	20.766	0,80	17.587	0,68
<b>2002</b>	1.325	0,92	1.129	0,77	*	*	18.317	0,71

\* Es liegen noch keine Werte vor.

Es wird erkennbar, dass übereinstimmend sowohl im Landkreis Uckermark als auch im Land Brandenburg insgesamt die absolute Zahl der Personen, die der Eingliederungshilfe bedürfen, anwächst, als auch der prozentuale Anteil an der Bevölkerung. Hierbei liegt der Wert im Landkreis Uckermark allerdings 0,10 Prozentpunkte über dem Landeswert (im Laufe des Berichtsjahres 2001).

#### **4.2.2.3 Krankenhilfe, Hilfe bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung**

Wer krank ist und die Kosten für Arzt und Krankenhaus weder selbst tragen kann noch sie von anderen, in der Regel einer Krankenversicherung, erhält, hat Anspruch auf Krankenhilfe. Diese Hilfe umfasst ärztliche und zahnärztliche Behandlung, Versorgung mit Arzneimitteln, Verbandmaterial und Zahnersatz, Krankenhausbehandlung sowie sonstige zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung erforderliche Leistungen. Die Leistungen entsprechen dem, was normalerweise von der gesetzlichen Krankenkasse bezahlt wird. Auch medizinische Vorsorgeleistungen und Untersuchungen zur Verhütung und Früherkennung von Krankheiten werden gewährt.

Nach der Systematik der Bundessozialhilfestatistik werden zusammen mit der unmittelbaren Krankenhilfe auch Hilfen zur Familienplanung und bei Sterilisation mit erfasst.

**Tabelle 29:**  
**Anzahl der Empfänger von Krankenhilfe a. E. und i. E.**

	Landkreis Uckermark				Land Brandenburg			
	Im Laufe des Berichtsjahres		Am Jahresende		Im Laufe des Berichtsjahres		Am Jahresende	
	absolut	% d. Bev.	absolut	% d. Bev.	absolut	% d. Bev.	absolut	% d. Bev.
<b>1995</b>	800	0,50	101	0,06	12.560	0,49	5.826	0,23
<b>1996</b>	484	0,30	19	0,01	6.383	0,25	2.781	0,11
<b>1997</b>	554	0,35	38	0,02	7.537	0,29	3.637	0,14
<b>1998</b>	519	0,33	45	0,03	8.935	0,34	4.455	0,17
<b>1999</b>	663	0,43	52	0,03	9.775	0,38	5.561	0,21
<b>2000</b>	728	0,48	50	0,03	10.371	0,40	5.849	0,22
<b>2001</b>	857	0,58	23	0,02	11.689	0,45	6.300	0,24
<b>2002</b>	929	0,64	36	0,02	*	*	7.028	0,27

\* Es liegen noch keine Werte vor.

Anhand dieser Tabelle zeigt sich deutlich, dass es sich bei der Krankenhilfe in aller Regel nur um eine relativ kurzzeitig gewährte Hilfe handelt. Die Abweichungen zwischen der Hilfeempfängerzahl im Verlaufe des Jahres und der Stichtagszahl zum Jahresende sind besonders augenfällig. Auch bei der Krankenhilfe ist festzustellen, dass die Hilfeempfängerquote im Landkreis Uckermark über dem Landesdurchschnitt liegt.

### 4.3 Ausgaben

#### 4.3.1 Gesamtausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen

Die Zusammenstellung der Ausgaben erfolgt nach Bruttoausgaben. Bei einem Vergleich wird deutlich, dass die Hilfe in besonderen Lebenslagen einen höheren Kostenaufwand als die Hilfe zum Lebensunterhalt erfordert (vgl. 3.3 – Tabelle 14).

Aufgrund der Vielgestaltigkeit der zu erbringenden Hilfen und der einzelnen Fallkonnstellationen hängt die Höhe der Gesamtkosten von einer nahezu unbegrenzten Zahl von Einflussfaktoren ab.

Die Entwicklung der Gesamtausgaben geht aus Tabelle 30 hervor. Eine Index-Berechnung ist wegen der Verfügbarkeit einer vergleichbaren Datenbasis erst auf Grundlage des Jahres 1997 möglich.

**Tabelle 30:**  
**Bruttoausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen a. E. und i. E.**

	Landkreis Uckermark		Land Brandenburg	
	Bruttoausgaben in €	Index 1997 = 100	Bruttoausgaben in €	Index 1997 = 100
<b>1995</b>	1.206.375	-	444.397.777	-
<b>1996</b>	26.255.946	-	365.350.734	-
<b>1997</b>	21.559.700	100,00	304.973.502	100,00
<b>1998</b>	20.588.421	95,49	297.893.727	97,68
<b>1999</b>	21.416.954	99,34	302.649.473	99,24
<b>2000</b>	21.999.398	102,04	321.544.033	105,43
<b>2001</b>	25.010.295	116,00	342.506.010	112,31
<b>2002</b>	27.351.197	126,86	360.787.183	118,30

Bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen wird in ähnlicher Weise wie bei den Kosten der Hilfe zum Lebensunterhalt ebenfalls erkennbar, dass bei einer Umrechnung der Gesamtkosten auf die Einwohnerzahl die Kostenbelastung je Einwohner im Landkreis Uckermark höher liegt als im Landesdurchschnitt. Auch die Kostendynamik ist mit einem Anstieg von 1997 bis 2002 auf 137,26 % höher als im Landesvergleich (Tabelle 31).

**Tabelle 31:**  
**Bruttoausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen**  
**a. E. und i. E. je Einwohner**

	Landkreis Uckermark			Land Brandenburg		
	Einwohner	Bruttoausgaben in €	Index 1997 = 100	Einwohner	Bruttoausgaben in €	Index 1997 = 100
<b>1995</b>	160.310	7,53	--	2.542.042	174,82	--
<b>1996</b>	159.029	165,10	--	2.554.441	143,03	--
<b>1997</b>	157.663	136,75	100,00	2.573.291	118,51	100,00
<b>1998</b>	155.723	132,21	96,68	2.590.375	115,00	97,04
<b>1999</b>	154.086	138,99	101,64	2.601.207	116,35	98,18
<b>2000</b>	151.740	144,98	106,02	2.601.962	123,58	104,28
<b>2001</b>	148.606	168,30	123,07	2.593.040	132,09	111,46
<b>2002</b>	145.715	187,70	137,26	2.582.379	139,71	117,89

Anders als bei der Hilfe zum Lebensunterhalt ergibt sich allerdings auch bei der Betrachtung der Bruttoausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen je Hilfeempfänger kein günstigerer Wert für den Landkreis Uckermark im Vergleich zum Landesdurchschnitt. Die Kosten je Hilfeempfänger liegen im Landkreis trotz einer Absenkung seit 1997 von 100 % auf 93,75 % (2001) über den Werten im Landesdurchschnitt. Für 2002 ist ein deutlicher Wiederanstieg auf das Ausgangsniveau von 1997 zu verzeichnen (Tabelle 32).

**Tabelle 32:**  
**Bruttoausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen je Hilfeempfänger**

	Landkreis Uckermark			Land Brandenburg		
	Hilfeempfänger	Bruttoausgaben in €	Index 1997 = 100	Hilfeempfänger	Bruttoausgaben in €	Index 1997 = 100
<b>1995</b>	2.682	449,80	--	39.448	11.265,41	--
<b>1996</b>	2.236	11.742,37	--	32.996	11.072,58	--
<b>1997</b>	2.031	10.615,31	100,00	30.300	10.065,13	100,00
<b>1998</b>	2.049	10.048,03	94,66	30.813	9.667,79	96,05
<b>1999</b>	2.139	10.012,60	94,32	31.576	9.584,79	95,23
<b>2000</b>	2.243	9.808,02	92,40	34.007	9.455,23	93,94
<b>2001</b>	2.513	9.952,37	93,75	37.290	9.184,93	91,25
<b>2002</b>	2.578	10.609,46	99,94	*	*	*

\* Es liegen noch keine Werte vor.

Die folgenden Datenzusammenstellungen machen allerdings deutlich, dass es sich dabei weniger um „hausgemachte“ Probleme des Landkreises handelt, sondern dass der hohe Anteil von Hilfen in besonderen Lebenslagen, die in Einrichtungen erbracht werden, sowie die ungünstige Kostenentwicklung in diesem Bereich, die auf entsprechenden Entgeltverhandlungen der Einrichtungsträger mit dem Landesamt für Soziales und Versorgung beruht, ausschlaggebend sind. Einen besonderen Einfluss hat auch die hohe Zahl sogenannter Altfälle mit ungeklärtem gewöhnlichen Aufenthalt vor Heimaufnahme bzw. mit einem gewöhnlichen Aufenthalt vor Heimaufnahme in einem anderen Bundesland (überwiegend Mecklenburg-Vorpommern), für die bis heute die Hilfe in einer Einrichtung im Landkreis Uckermark durch den Landkreis erbracht wird. Für letztere allerdings würde die Zuständigkeit bei anderen Sozialhilfeträgern liegen, ohne dass diese Zuständigkeit bis auf Ausnahmen bisher hergestellt werden konnte. Insofern sind die vorstehenden und nachfolgenden Kostenangaben jeweils im Aussagewert eingeschränkt.

Wurden vorstehend die Ausgaben für die Hilfe in besonderen Lebenslagen als Gesamtausgaben wiedergegeben, so erfolgt in Tabelle 33 eine Aufteilung danach, ob die Kosten für Hilfen, die in Einrichtungen oder außerhalb von Einrichtungen erbracht werden, entstehen. Dabei wird unter Beachtung der vorgenannten Einschränkungen in gewisser Weise deutlich, wie der Grundsatz „ambulant vor stationär“ umgesetzt wurde.

**Tabelle 33:**  
**Verhältnis der Bruttoausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen**  
**i. E. und a. E.**

	Landkreis Uckermark					Land Brandenburg				
	Bruttoausgaben ges. in T€	Ausgaben i. E. in T€ in %		Ausgaben a. E. in T€ in %		Bruttoausgaben ges. in T€	Ausgaben i. E. in T€ in %		Ausgaben a. E. in T€ in %	
1995	1.206	506	--	701	--	444.397	428.660	--	15.737	--
1996	26.256	25.486	--	770	--	365.351	344.296	--	21.055	--
1997	21.560	20.902	96,95	658	3,05	304.974	283.672	93,02	21.302	6,98
1998	20.588	19.824	96,29	765	3,71	297.894	274.308	92,08	23.586	7,92
1999	21.417	20.519	95,80	898	4,20	302.649	278.782	92,11	23.868	7,89
2000	21.999	21.104	95,93	896	4,07	321.544	295.395	91,87	26.149	8,13
2001	25.010	23.710	94,80	1.230	5,20	342.506	312.261	91,17	30.245	8,83
2002	27.351	25.482	93,17	1.869	6,83	360.787	325.081	90,10	35.706	9,90

Vergleichbarkeit erst ab 1997

Es ist ablesbar, dass sowohl im Landkreis Uckermark wie auch im Land Brandenburg insgesamt sich das Ausgabenverhältnis zugunsten der Ausgaben außerhalb von Einrichtungen wandelt, wobei der Kostenanteil für ambulante Hilfen im Landkreis Uckermark mit 6,83 % unterhalb des Landesdurchschnittes (9,90 %) liegt (2002). Zugleich wird sichtbar, dass die Dynamik der Veränderung zugunsten der ambulanten Kosten von einer niedrigeren Ausgangsbasis im Landkreis ausgehend höher ist als im Durchschnitt des Landes.

Im Folgenden werden deshalb die Ausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen nochmals getrennt nach Kosten in Einrichtungen und Kosten außerhalb von Einrichtungen betrachtet.

#### 4.3.2 Ausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen i. E.

Tabelle 34 weist zunächst innerhalb der Kosten der Hilfe in besonderen Lebenslagen in Einrichtungen die überragende Bedeutung der Eingliederungshilfe als größten Kostenblock aus, gefolgt von den Kosten der Hilfe zur Pflege und der Krankenhilfe.

**Tabelle 34**  
**Bruttoausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen i. E.**

	Landkreis Uckermark						Land Brandenburg					
	Pflege in T€	EGH in T€	Kranken- hilfe in T€	sonst. in T€	ges. in T€	Index 1997 = 100	Pflege in T€	EGH in T€	Kranken- hilfe in T€	sonst. in T€	gesamt in T€	Index 1997 = 100
<b>1995</b>	**	**	506	0	506	-	205.527	213.305	8.289	1.539	428.660	-
<b>1996</b>	8.155	16.817	508	6	25.486	-	130.378	207.496	5.848	574	344.296	-
<b>1997</b>	*2.350	18.072	389	91	20.902	100,00	*43.782	230.895	7.662	1.333	283.672	100,00
<b>1998</b>	1.713	17.714	305	92	19.824	94,84	28.130	237.644	7.464	1.071	274.308	96,70
<b>1999</b>	1.311	18.380	747	81	20.519	98,16	22.844	246.332	8.833	1.073	278.782	98,28
<b>2000</b>	1.058	19.040	922	83	21.104	100,97	22.881	262.588	8.921	1.006	295.395	104,13
<b>2001</b>	1.352	21.116	1.148	94	23.710	113,44	24.618	277.009	9.225	1.408	312.261	110,01
<b>2002</b>	1.578	22.796	1.015	93	25.482	121,92	26.710	287.654	9.148	1.568	325.081	114,60

\* 1996 Einsetzen der Pflegeversicherung

\*\* zu diesem Zeitpunkt noch keine Aufgabe des Landkreises

Weiterhin wird deutlich, dass der Anstieg der Kosten in Einrichtungen ausgehend vom Jahr 1997 (100 %) im Landkreis Uckermark auf 121,92 % im Jahr 2002 mit stärkerer Dynamik abgelaufen ist als im Landesdurchschnitt. Obwohl darauf zahlreiche Faktoren Einfluss ausüben, dürfte ein starker Anstieg der vereinbarten Entgelte von größter Bedeutung gewesen sein.

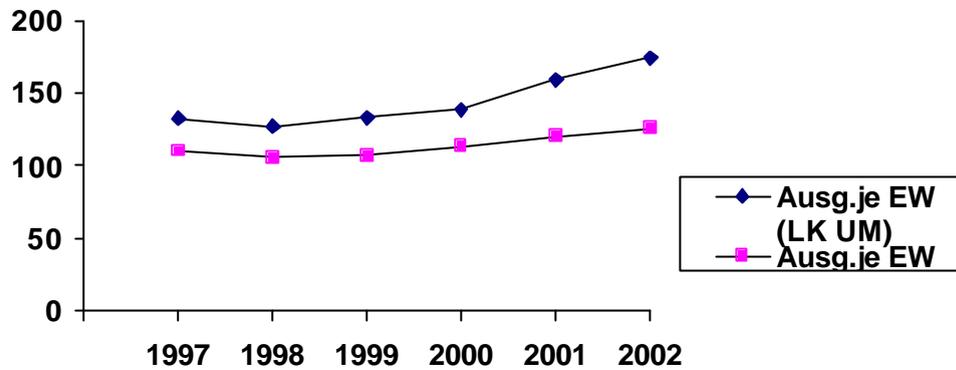
Von den Gesamtausgaben der Hilfen in besonderen Lebenslagen in Einrichtungen ausgehend, ergeben sich die in Tabelle 35 ausgewiesenen Umrechnungswerte je Einwohner bzw. je Hilfeempfänger. Es wird deutlich, dass die Ausgaben je Einwohner mit 174,87 € um 48,99 € über dem Durchschnitt des Landes liegen (Darst. 16).

**Tabelle 35:**  
**Bruttoausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen i. E.**  
**je Einwohner und Hilfeempfänger**

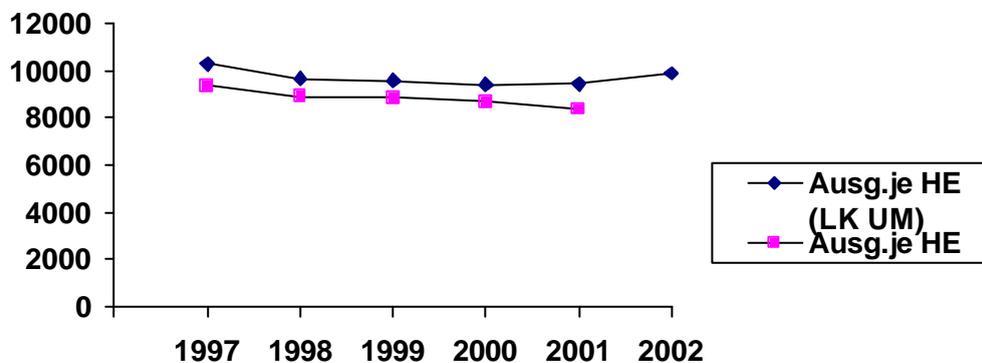
	Landkreis Uckermark			Land Brandenburg		
	Bruttoausg. i. E. in €	Bruttoausg. je EW in €	Bruttoausg. je HE in €	Bruttoausg. i. E. in €	Bruttoausg. je EW in €	Bruttoausg. je HE in €
<b>1995</b>	505.738	3,15	188,57	428.660.346	168,63	10.866,47
<b>1996</b>	25.486.432	160,26	11.398,22	344.295.567	134,78	10.434,46
<b>1997</b>	20.901.587	132,57	10.291,28	283.671.780	110,24	9.362,10
<b>1998</b>	19.823.710	127,30	9.674,82	274.307.662	105,89	8.902,34
<b>1999</b>	20.518.504	133,16	9.592,57	278.781.893	107,17	8.828,92
<b>2000</b>	21.103.602	139,08	9.408,65	295.395.463	113,53	8.686,31
<b>2001</b>	23.710.326	159,55	9.435,07	312.260.609	120,42	8.373,84
<b>2002</b>	25.481.763	174,87	9.884,31	325.080.629	125,88	*

\* Es liegen noch keine Werte vor.

**Darstellung 16:**  
**Vergleich der Bruttoausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen i. E. je Einwohner im Land Brandenburg und im LK Uckermark**  
 (vgl. Tabelle 35)



**Darstellung 17:**  
**Vergleich der Bruttoausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen i. E. je Hilfeempfänger im Land Brandenburg und im LK Uckermark**  
 (vgl. Tabelle 35)



Unerwartet sind die Ergebnisse hinsichtlich der Bruttoausgaben je Hilfeempfänger in Einrichtungen. Diese lagen im Jahr 2001 mit 9.435,07 € um 1.061,23 € über den Vergleichswerten im Landesdurchschnitt (Darstellung 17). Als entscheidender Einflussfaktor ist dafür die zwischen den Einrichtungsträgern und dem LASV in Abhängigkeit von den jeweiligen Bedingungen der Einrichtung und dem Betreuungsbedarf vereinbarte Entgelthöhe anzusehen.

### 4.3.3 Ausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen a. E.

In gleicher Weise werden in Tabelle 36 die Kosten der Hilfe in besonderen Lebenslagen a. E. für die einzelnen Hilfearten detailliert ausgewiesen. Es wird deutlich, dass auch bei Hilfen in besonderen Lebenslagen a. E. die Eingliederungshilfe den höchsten Ausgabenumfang umfasst und mit der Umsetzung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ die Ausgaben für diese Hilfeart besonders wachsen.

Dies wird seit 1999 besonders deutlich, verstärkt in den Jahren 2001 und 2002. Die Krankenhilfe für nicht krankenversicherte Hilfeempfänger weist ebenfalls einen Anstiegstrend auf. Ausgeprägt ist dieser Anstiegstrend seit 1997 besonders auch bei der Hilfe zur Pflege a. E., was mit den demografischen Veränderungen in einem deutlichen Zusammenhang stehen dürfte.

**Tabelle 36:**  
**Bruttoausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen a. E.**

	Landkreis Uckermark						Land Brandenburg					
	Pflege in T€	EGH in T€	Kranken- hilfe in T€	sonst. in T€	ges. in T€	Index	Pflege in T€	EGH in T€	Kranken- hilfe in T€	sonst. in T€	ges. in T€	Index
<b>1995</b>	366	160	172	2	701	100,0	5.038	3.471	6.555	674	15.737	100,0
<b>1996</b>	216	343	208	3	770	109,8	3.248	7.819	9.170	818	21.055	133,8
<b>1997</b>	48	327	182	101	658	93,9	2.822	8.510	8.368	1.602	21.302	135,4
<b>1998</b>	68	321	230	145	765	109,1	2.860	8.383	10.138	2.205	23.586	149,9
<b>1999</b>	89	392	242	175	898	128,2	3.023	8.315	10.190	2.339	23.868	151,7
<b>2000</b>	91	389	264	151	896	127,9	3.224	9.809	10.682	2.433	26.149	166,2
<b>2001</b>	109	707	351	133	1.300	185,5	4.079	11.655	11.611	2.900	30.245	192,2
<b>2002</b>	193	1.159	378	139	1.869	266,6	4.388	15.098	13.340	2.880	35.706	226,9

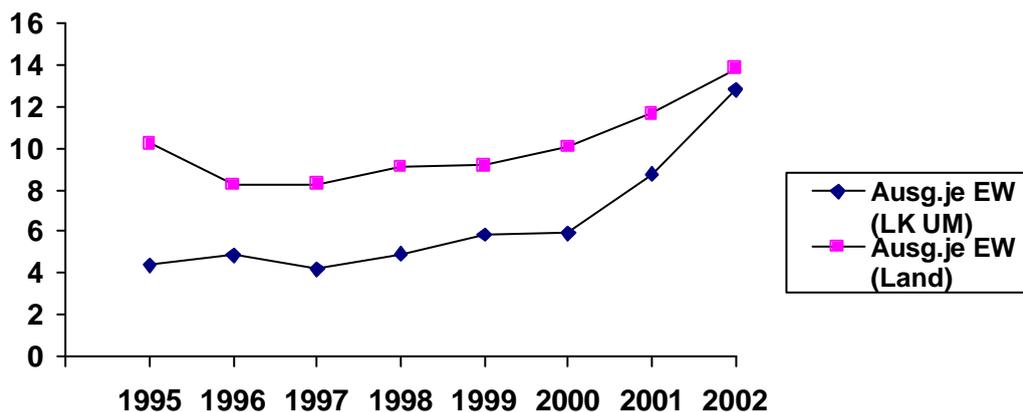
Im Zeitraum seit 1995 (= 100 %) haben sich die Gesamtausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen a. E. im Landkreis Uckermark auf 266,6 % erhöht, im Land insgesamt auf 226,9 %. Während dieser Anstieg im Land eher kontinuierlich erfolgte, sind im Landkreis Uckermark deutliche Sprünge in den Jahren 2001 zu 2002 zu verzeichnen, die überwiegend auf den Ausgabenanstieg in der ambulanten Eingliederungshilfe zurückzuführen sind.

**Tabelle 37:**  
**Bruttoausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen a. E.**  
**je Einwohner und Hilfeempfänger**

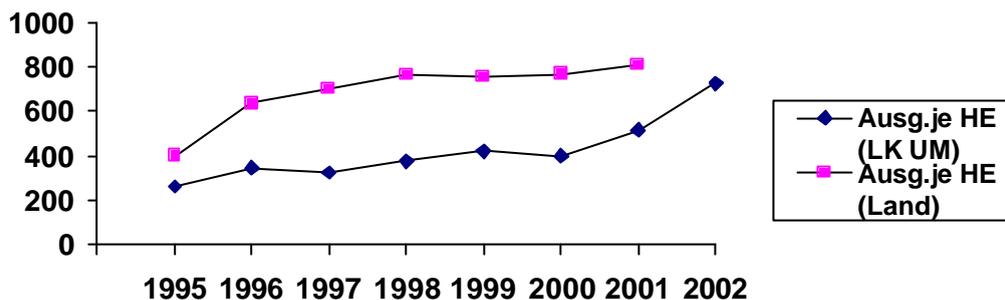
	Landkreis Uckermark			Land Brandenburg		
	Bruttoausg. a. E. in €	Bruttoausg. je EW in €	Bruttoausg. je HE in €	Bruttoausg. a. E. in €	Bruttoausg. je EW in €	Bruttoausg. je HE in €
<b>1995</b>	700.637	4,37	261,24	15.737.431	10,21	398,94
<b>1996</b>	769.514	4,84	344,15	21.055.167	8,24	638,11
<b>1997</b>	658.113	4,17	324,03	21.301.722	8,28	703,03
<b>1998</b>	764.711	4,91	373,21	23.586.065	9,11	765,46
<b>1999</b>	898.450	5,83	420,03	23.867.580	9,18	755,88
<b>2000</b>	895.796	5,90	399,37	26.148.570	10,05	768,52
<b>2001</b>	1.299.969	8,75	517,30	30.245.401	11,66	811,09
<b>2002</b>	1.869.434	12,83	725,15	35.706.554	13,83	*

\* Es liegen noch keine Werte vor.

**Darstellung 18:**  
**Vergleich der Bruttoausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen a. E.**  
**je Einwohner im Land Brandenburg und im LK Uckermark**  
 (vgl. Tabelle 37)



**Darstellung 19:**  
**Vergleich der Bruttoausgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen a. E.**  
**je Hilfeempfänger im Land Brandenburg und im LK Uckermark**  
 (vgl. Tabelle 37)



Von den Gesamtausgaben ausgehend, ergeben sich die in Tabelle 37 ausgewiesenen Umrechnungswerte je Einwohner bzw. je Hilfeempfänger für die Ausgaben der Hilfen in besonderen Lebenslagen a. E. Dabei wird ersichtlich, dass die Bruttoausgaben je Einwohner mit 12,83 € noch um 1,00 € unter dem Landesdurchschnitt liegen (Darstellung 18). Allerdings scheint sich hier zukünftig eine Angleichung zu vollziehen.

Augenfällig ist, dass die Ausgaben je Hilfeempfänger im Landkreis Uckermark mit 517,30 € um 293,79 € und damit deutlich (63,78 %) unter dem Landesdurchschnitt liegen (Darstellung 19). Für 2002 ist eine Abschmelzung dieser Differenz zu erwarten. Diese lässt sich aufgrund fehlender Landeswerte allerdings noch nicht beziffern.

**Abkürzungsverzeichnis:**

<b>AsS</b>	<b>Arbeit statt Sozialhilfe</b>
<b>Bbg.</b>	<b>Brandenburg</b>
<b>BG</b>	<b>Bedarfsgemeinschaft(en)</b>
<b>BSHG</b>	<b>Bundessozialhilfegesetz</b>
<b>EGH</b>	<b>Eingliederungshilfe</b>
<b>einm. Leist.</b>	<b>einmalige Leistungen</b>
<b>ESF</b>	<b>Europäischer Sozialfonds</b>
<b>EW</b>	<b>Einwohner</b>
<b>HbL</b>	<b>Hilfe in besonderen Lebenslagen</b>
<b>HbL a. E.</b>	<b>Hilfe in besonderen Lebenslagen außerhalb von Einrichtungen</b>
<b>HbL i. E.</b>	<b>Hilfe in besonderen Lebenslagen in Einrichtungen</b>
<b>HE</b>	<b>Hilfeempfänger</b>
<b>HzL</b>	<b>Hilfe zum Lebensunterhalt</b>
<b>HzL a. E.</b>	<b>Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen</b>
<b>HzL i. E.</b>	<b>Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen</b>
<b>LDS</b>	<b>Landesbetrieb für Datenerfassung und Statistik</b>
<b>Lfd. Leist.</b>	<b>Laufende Leistungen</b>
<b>LK UM</b>	<b>Landkreis Uckermark</b>
<b>T€</b>	<b>Tausend Euro</b>